

# Der Deutsche Metallarbeiter

## Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 Mk. Anzeigenpreis die 6 Spalten, Colonne für Arbeitsgesuche 75 Pfg., Geschäfts- und Privatangelegen 1 Mk.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schiffleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen, Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Alleinige Inseraten-Annahme „Echo vom Niederrhein“, Duisburg.

### Recht

Es gab eine Zeit, in der das Recht ganz von der Willkür der Herrschenden abhängig war. Es gab kein z. bedingtes Recht auf die persönliche Freiheit. Der Herrscher konnte frei verfügen über Gut und Blut seiner Untertanen. Die Zeiten haben sich sehr geändert, die Rechte des Einzelnen sind immer mehr erweitert, und damit ist der Wert und die Bedeutung des Einzelnen auch im Staatsverbande immer mehr gestiegen.

Wir sind uns dieser Steigerung unserer Würde durch die Erhöhung unserer Rechte wohl bewußt und sind stolz auf unsere freie Bürgerstellung. Wir wollen uns nichts von dem, was wir von unseren Vorfahren uns erworben haben, von dem Verfügungsrechte über unsere Persönlichkeit, von dem Rechte auf unsere Arbeit u. a. rauben lassen. Wehe dem, der uns das antauchen wollte, — er sei auch, wer er sei, — wir würden uns zu wehren wissen!

Wer Recht fordert, muß auch Recht anerkennen. Wir dürfen nichts verlangen, was uns nicht zukommt, das wäre rechtswidrige Maßlosigkeit. Das Recht, das wir für uns in Anspruch nehmen, müssen wir auch anderen zubilligen. So verlangt es die Gerechtigkeit, und ohne Maß und ohne Gerechtigkeit ist kein Auskommen hier auf Erden.

Rechte sind Pflichten. Wer rechtslos ist, hat nichts zu verantworten. Mit dem Rechte wächst auch die Pflicht der Verantwortlichkeit. Der Wert unseres eigenen Lebens, das Wohl des Staates ist an den Gebrauch unserer Rechte gebunden. Darum sind wir uns selbst und dem Staatsleben gegenüber auch dafür verantwortlich. Zeigen wir in erstem Pflichtgefühl, daß wir der Rechte würdig sind, die man uns gewährt hat.

### 25 Millionen Ueberstunden

II.

Die preussische Gewerbeaufsicht hat im Jahre 1913 in der Großeisenindustrie 7 137 467 Fälle ermittelt, in denen die Arbeiter Ueberarbeit leisten mußten. Im Jahre 1912 waren es 7 006 401 und 1911 6 079 848 Fälle. Bedauerlicherweise sind die Fälle von mehr als siebenstündiger Ueberarbeit ganz erheblich — um 66 155 oder um 7 Prozent — gestiegen.

Aus nachstehender Zusammenstellung ist die Dauer der Ueberarbeit ersichtlich; sie betrug:

Weg zu 1 Stunde	1913	1912	1911	Fällen
mehr als 1 bis 2 Stb.	1950732	1880595	1645385	
" " 2 " 3 "	2512451	2443219	2122123	"
" " 3 " 4 "	570012	612287	534463	"
" " 4 " 5 "	580970	598772	516363	"
" " 5 " 6 "	160438	185606	164385	"
" " 6 " 7 "	194517	198587	189217	"
" " 7 Stunden "	162656	147768	124170	"
Zusammen	7137467	7006401	6079848	

Die Zunahme der mehr als siebenstündigen Ueberarbeit soll zurückzuführen sein auf das Bestreben der Werke, umfangreiche Reparaturarbeiten in den Nächten vor Sonntag und Festtagen und diesen selbst vorzunehmen zu lassen.

Die Gewerbeinspektoren berichten auch wieder von sehr langen Arbeitszeiten. So wird aus Oppeln berichtet, daß bei dringenden Reparaturen in kleinen Werken, denen Arbeiter nicht zur Verfügung ständen, zuweilen einzelne Arbeiter zu Arbeitsschichten von bedenkllicher Länge herangezogen würden. So haben in einem Walzwerk in vier Fällen drei bis vier Reparaturarbeiter 36 Stunden hintereinander gearbeitet, um Schäden an einem Dampfhammer und einer Walzenzugmaschine zu beseitigen und dadurch die Wiederaufnahme des Betriebes in der Abteilung zu ermöglichen. In einem Falle wurde hierbei die Arbeit von zwei Leuten nach zwanzig Stunden durch eine vierstündige Ruhepause unterbrochen, in den übrigen Fällen sind anscheinend nur die üblichen Mittags- und Kaffeepausen eingetreten. Näheres wäre über diese Fälle mangels Aufzeichnungen auf dem Werke nicht mehr festzustellen gewesen.

Daß die langen Schichten den Arbeitern aber gar nicht erwünscht sind, wird ebenfalls aus Oppeln bestätigt. Bei Sonntagsrevisionen in Hüttenwerken wurde dort — namentlich in Martinwerken — vielfach über die 24stündige Woche geklagt. Auch aus dem Bezirk Arnberg wird berichtet, daß im Berichtsjahr Arbeitsschichten von 30, 31 ja sogar 37 Stunden beobachtet worden sind. Diese überlangen Schichten sollen ausnahmslos auf die Sonntage im Anschluß an eine Sonnabendtagsschicht entfallen sein. Sie hätten heraus sich ergeben, daß größere Ausbesserungen, deren Beendigung bis 6 Uhr am Sonntagmorgen erwartet werden konnte, sich durch irgendwelche Zwischenfälle verzögerten. Den beteiligten Arbeitern soll durchweg eine nachfolgende Ruhezeit von mindestens 20 Stunden gewährt sein.

Energisch ist man im Bezirk Düsseldorf den Werken wegen der langen Schichten auf den Leib gerückt. Der Berichterstatter dieses Bezirks führt aus:

„In mehreren Fällen, wo Arbeiter 28—29 Stunden ununterbrochen beschäftigt waren, mußte die Bestrafung der verantwortlichen Personen herbeigeführt werden.“

Würde in allen Bezirken und in jedem Falle mit gleicher Energie vorgegangen, dann dürften die langen Arbeitszeiten sehr bald eine wesentliche Einschränkung erfahren. Die langen Schichten sind kulturwidrig.

Wie aus den Berichten von Oppeln und Trier ersichtlich ist, war die wirtschaftliche Lage — namentlich in Ober-

Schlesien — nicht glänzend; sie ließ vielmehr sehr zu wünschen übrig. Trotzdem ist die Ueberstundenziffer erheblich — auf 25 147 678 — gestiegen. Aber längst noch nicht alle Ueberstunden, die 1913 von den Arbeitern der Großeisenindustrie geleistet wurden, sind darin enthalten. Das wird von den Berichterstattern der Regierungsbezirke Arnberg, Osnabrück und Düsseldorf ausdrücklich bestritten.

Aus dem Regierungsbezirk Düsseldorf wird berichtet, daß die Fehler bei den Eintragungen in die Verzeichnisse wohl seltener geworden, aber keineswegs ganz verschwunden seien. Sie treten namentlich dann wieder auf, wenn neue Kräfte mit der Aufstellung der Verzeichnisse betraut werden. So hatte ein neuangestellter Schreiber in die Ueberarbeitsverzeichnisse eines großen Hüttenwerkes einfach nach Gutdünken Zahlen eingetragen, sei es, daß er die geleisteten Ueberstunden aus den Kontrollkarten nicht zu berechnen verstand, sei, daß er sich die Arbeit leicht machen wollte. Er sei vom Werke befreit worden; das Werk selbst wurde verwahrt. In zwei anderen Betrieben des Reg.-Bez. Düsseldorf ist im vorigen Jahre eine Markenkontrolle eingeführt worden. Bis dahin diente nur die Schichtenbücher als Unterlage für die Ueberarbeitsverzeichnisse. Infolgedessen wurden noch zu Anfang des Jahres nur die Prämienstunden als Ueberarbeit eingetragen, weil sie in den Schichtenbüchern von den wirklich geleisteten Ueberstunden nicht unterschieden werden konnten.

Völliglich unrichtige Führung des Ueberarbeitsverzeichnisses in Verbindung mit unzulässiger Sonntagsarbeit ist in einer Fabrik feuerfester Steine eines Hüttenwerkes im Bezirk Arnberg festgestellt worden. In dieser Betriebsabteilung hatten sich vorher mehrfach Schwierigkeiten betreffs der Beschäftigung an Sonntagen ergeben. Völliglich verminderten sich dann die eingetragenen Sonntagsarbeitsstunden in auffälliger Weise. Bei einer Sonntagsrevision traf aber der Gewerbeinspektor in der Steinfabrik Arbeiter, die vorher bei Ausbesserungsarbeiten tätig gewesen waren, bei Arbeiten, die an Sonntagen unzulässig sind. Die nachfolgende Prüfung, der für diesen Monat eingereichten Ueberarbeitsverzeichnisse ergab, daß für diese Arbeiter in dem Verzeichnis überhaupt keine Sonntagsarbeit eingetragen war, und daß einer dieser Arbeiter in dem Verzeichnis überhaupt nicht geführt wurde. Wegen dieses Vergehens und wegen des Verstoßes gegen die Vorschriften der G. O. über die Beschäftigung von Arbeitern an Sonntagen und Feiertagen wurde der Betriebsleiter zu Mark 100,—, der Verwalter zu 50 Mark verurteilt.

Im Regierungsbezirk Arnberg hat die Prüfung der Ueberarbeitsverzeichnisse ergeben, daß vereinzelt noch immer die höhere Zahl der bezahlten Ueberstunden anstatt der Zahl der wirklich geleisteten eingetragen wird. Andererseits mußte mehrfach bemängelt werden, daß Sonntagsarbeit, die gemäß § 105c der G. O. zur Aufrechterhaltung des Betriebes geleistet worden war, in Verzeichnis fehlte. Auch waren die Arbeitspausen von der Ueberarbeit unzulässigerweise in Abzug gebracht. Das Strafverfahren, welches wegen dieser Uebertretung im Vorjahr eingeleitet war, (Jahresberichte für 1912 Seite 408) hat mit der Bestrafung des verantwortlichen Obermeisters mit 5 Mark geendet.

Aus dem Regierungsbezirk Osnabrück wird berichtet: „Vierzehn Betriebsinhaber und Meister wurden wegen geringerer Sonntagsbeschäftigung von Arbeitern und wegen unzulässiger Führung des Sonntagsarbeitsverzeichnisses mit 3 bis 15 Mark bestraft.“

Im Bezirk Düsseldorf hat das bei der letzten Berichtserstattung noch nicht abgeschlossene Strafverfahren wegen unrichtiger Führung und sonstiger Verstöße gegen die Grobeisenbekanntmachung (Jahresberichte für 1912 S. 493) mit der Verurteilung von fünf Betriebsleitern zu je Mark 10 Geldstrafe geendet.

Diese geringfügigen Strafen sind nicht geeignet, die Gesetzesübertreter abzuschrecken; im Gegenteil. Man sagt sich in diesen Kreisen: in 100 Fällen geht es 99 mal gut und wird man das eine mal erwischt, dann kostet es vielleicht zehn Mark, diese Bagatelle soll uns nicht hindern, zu tun was wir wollen. Diesen lächerlich geringen Strafen für eine Gesetzesübertretung stelle man gegenüber die geradezu horrenden Strafen, die streikende Arbeiter erhalten, wenn sie so einen Hingebroder nur schief ansehen. Und dabei sind den Sprachrohrern der Scharfmacher diese Bestrafungen noch nicht hoch genug; sie verlangen höhere Strafen, „um dem Gesetze Achtung zu verschaffen“. Aber ist denn die Bundesratsverordnung für den Betrieb der Anlagen der Großeisenindustrie nicht auch ein Gesetz, daß sich genau so auf die Gewerbeordnung stützt, wie der ominöse § 153. Kann die Grobeisenverordnung nicht dieselbe Achtung verlangen? Gewiß, sie wird sie aber erst dann bekommen, wenn den Gesetzesübertretern durch kategorische Strafen die Achtung vor ihr eingehaucht wird.

Die Arbeiter der Großeisenindustrie können hierzu sehr wesentlich beitragen, sie brauchen jede Uebertretung nur zur Kenntnis der amtlichen Stellen zu bringen. Läßt sich nachher nachweisen, daß im Laufe der Zeit so und so viel Gesetzesübertretungen vorgekommen sind, und die Bestrafungen nur lächerlich geringe waren, dann müssen die gesetzgebenden Körperschaften eingreifen, um dem Gesetze Achtung zu verschaffen.

Welchen Erfolg die Bemühungen der Gewerbeaufsichtsbeamten um die Verminderung der Ueberarbeit bei gutem Willen der Betriebsleiter haben können, zeigte sich in einem Kohrpreßwerke des Regierungsbezirks Oppeln. Dort werden Geschosse hergestellt, deren Abmaß immer steigt. Früher wurden monatlich 100 bis 230 Arbeiter zur Ueberarbeit herangezogen, die 1700 bis 5281 Ueberstunden leisteten mußten. Ein neuer

Betriebsleiter hat es verstanden, diese Zahlen folgendermaßen herabzusetzen. Die Zahl der überhaupt beschäftigten Arbeiter schwankte zwischen 309 und 340, von diesen mußten Ueberarbeit leisten:

Im Mai . . . . .	230 Arbeiter . . . . .	5281 Stunden
Im Juni . . . . .	185 " . . . . .	4517 "
Im Juli . . . . .	130 " . . . . .	1654 "
Im August . . . . .	106 " . . . . .	1349 "
Im September . . . . .	66 " . . . . .	642 "
Im Oktober . . . . .	42 " . . . . .	376 "
Im November . . . . .	48 " . . . . .	518 "

Denjenigen unsoliden Elementen unter den Arbeitern der Großeisenindustrie, die statt sich zu organisieren, in kurzfristiger Weise ihr Heil in Ueberstunden suchen, wodurch sie doch nur ihre Arbeitskraft ruinieren, wird hier und dort schon ein Riegel vorgeschoben. So wird aus dem Nachener Regierungsbezirk berichtet:

„Eine nennenswerte Abnahme der Ueberarbeit weisen ein Hammer- und ein Walzwerk auf. In dem Hammerwerk ist die Arbeiterzahl vermehrt worden und dürfen Ueberstunden nur noch mit besonderer Genehmigung des Betriebsleiters versehen werden. Das Walzwerk, das im vorigen Jahre eine erhebliche Steigerung der Ueberstunden, insbesondere für Reparaturen aufwies, zeigt im Berichtsjahre den stärksten Rückgang, nämlich von 15 568 auf 1779 Stunden. Der Grund liegt darin, daß die Reparaturarbeiten, die hier von den Betriebsarbeitern selbst vorgenommen werden, infolge des Bestehens der Betriebsleitung, die Zahl der Ueberstunden zu beschränken, sehr möglichst in besonderen Feierschichten, anstatt nach Schluß der regelmäßigen Arbeitsschicht ausgeführt werden.“

Aber nicht nur im Bezirk Nachen zeigen sich diese Bestrebungen, ganz ähnlich wird aus dem Regierungsbezirk Wiesbaden berichtet, da ist zu lesen:

„Die Vuderus'schen Werke haben ihre Meister eine Anweisung unterschreiben lassen, worin die wesentlichen Bestimmungen für die Großeisenindustrie auseinandergesetzt sind, und ihnen die Befolgung dieser Anweisung unter Strafandrohung zur Pflicht gemacht. Dadurch will man der Unsitte entgegenwirken, daß die Meister unnötig Ueberarbeit anordnen, um den Arbeitern einen größeren Verdienst zukommen zu lassen.“

Aus diesen Bestrebungen ist ersichtlich, daß den lieben Kindern allmählich ein Riegel vorgeschoben wird. Wenn alle Werke ernsthaft bestrebt wären, die Grobeisenverordnung strikte durchzuführen, würde zweifellos manches besser sein als es ist. Wie außerordentlich aber die Dinge noch im Argen liegen, das zeigen die Feststellungen der Gewerbeaufsicht über die enorme Belastung eines großen Teiles der Arbeiterschaft mit Ueberstunden. Darauf soll im nächsten Artikel eingegangen werden.

### Der Kampf ums Koalitionsrecht

Der Aufruf des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften wegen des gefährdeten Koalitionsrechtes hat weitgehende Beachtung gefunden. Sehr eingehend wird er von der sozialdemokratischen Presse gerühmt. In der „Sozialen Praxis“ (7. Mai 1914) beschäftigt sich Dr. Waldemar Zimmermann eingehend mit den Gefahren, die dem Koalitionsrechte drohen und schreibt dazu: In dem einmütigen Aufruf, den der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften in allen Teilen Deutschlands erläßt, und der von Werkstatz zu Werkstatz läuft, kommt die bisher dumpf verhaltene Stimmung zum offenen Ausdruck.“ Im Anschluß daran wird dann der Aufruf fast ganz abgedruckt.

Die sozialdemokratische Presse bespricht den Aufruf mit einem kalten und einem trockenen Auge. So meint der „Vorwärts“ (Nr. 120, 1914), nachdem er den wesentlichen Inhalt des Aufrufs abgedruckt:

„Der Aufruf zeigt, daß die christlichen Gewerkschaften beginnen, den Ernst der Situation in der Frage des Koalitionsrechtes zu erfassen. Bisher haben sie viel dazu beigetragen, den Uebermut der kapitalistischen Terroristenschreier und der Feinde des Koalitionsrechtes zu stärken.“

In einem Artikel, der anscheinend aus der sozialdemokratischen Presse stammt — wir finden ihn gleichlautend in der „Niederrheinischen Arbeiterzeitung“, im Buchdrucker-„Korrespondent“ und anderen sozialdemokratischen Blättern — heißt es:

„Der Aufruf zeigt, daß die christlichen Gewerkschaften beginnen, den Ernst der Situation in der Frage des Koalitionsrechtes zu erfassen. Bisher, und das muß ihnen auf ihr Schuldkonto geschrieben werden, haben sie viel dazu beigetragen, den Uebermut der kapitalistischen Terroristenschreier und der Feinde des Koalitionsrechtes zu stärken. Das könnte an Hunderten von Beispielen gezeigt werden, und die Scharfmacher selbst berufen sich ja oft genug auf das Material, das ihnen die christlichen Gewerkschaften für den sogenannten Schutz der Arbeitswilligen und gegen das Streikpostenfeste herbeigeschleppt haben. Was die Arbeiterfeinde nicht abhört, letzten Endes auch gegen die christlichen Gewerkschaften vorzugehen. Diese Rücksichtslosigkeit ist es, die die christlichen Gewerkschaften gegen die Koalitionsrechtsfeinde auf den Plan ruft, und wir gestehen ein, daß uns der Aufruf, der im Interesse der Gesamtarbeiterschaft liegt, recht erfreut. Um was es sich handelt, sagt der Aufruf deutlich genug.“

Eine besondere Note wert sind die Begleitworte, welche die „Rheinische Zeitung“ in Köln dem Aufruf mitzugeben für opportun hält. Das Blatt schreibt:

„Wir begrüßen den Aufruf als ein Zeichen, daß die Christlichen nicht müßig beiseite stehen und der sozialdemokratischen Arbeiterkraft den Kampf nicht allein überlassen wollen. Wenn je, dann ist in dieser Frage ein Zusammengehen der Arbeiter aller Richtungen notwendig; hier gilt es, alles Trennende zurückzustellen und dafür das Gemeinsame zu betonen. Freilich würden wir von dem Aufruf der Christlichen mit viel größerer Beugung Notiz nehmen, wenn nicht gerade aus diesem Lager den Scharfmachern Material in Hülle und Fülle für ihre Hege geliefert worden wäre. Vielleicht sehen es heute die christlichen Herrschaften selber ein, welchen Vandalen sie der ganzen Arbeiterklasse mit dem fortwährenden Geheul über den „sozialdemokratischen Terrorismus“ geleistet haben. Daß gelegentlich bei den bedauerlichen Kämpfen, die die verschiedenen Organisationsrichtungen gegeneinander führen, über die Schnur gehauen worden ist, wird niemand leugnen. Das ist aber auf beiden Seiten geschehen und geschieht auch im Lager der Christlichen gegenüber ihren katholischen Glaubensgenossen von den Sachabteilungen. Die christlichen Gewerkschaften haben jedoch das Geschrei über den sozialdemokratischen Terrorismus aus niedrigsten Konkurrenzgründen zu einem System ausgebildet und die Dinge mit Abicht immerfort in stärkerer Uebertreibung dargestellt. Für diese Kurzsichtigkeit muß jetzt die gesamte Arbeiterschaft büßen.“

Ausgerechnet der „Rheinischen Zeitung“ — in deren Druckerei das 30000 Mark-Schwindelflugblatt gegen die Christlichen gedruckt wurde — steht es sehr gut zu Gesicht, wenn sie von „niedrigsten Konkurrenzgründen“ lababert. Dieses Blatt trifft, wie alle sozialdemokratischen Blätter, ein wesentlicher Teil der Terrorismuslehre. Sie sind es gewesen, welche die rot-organisierten bis zur Siebehöhe aufstachelten gegen die christlichen Arbeiter. Und wenn diese Gesellschaft es jetzt so zu drehen versucht, als hätten die christlichen Arbeiter den Scharfmachern Material geliefert, so liegt die Sache genau umgekehrt.

Unzählige Male haben wir betont, daß die Sozialdemokratie und die mit ihr verflochtenen Gewerkschaften mit ihrem Terrorismus und Monopolbestrebungen der Reaktion in die Hände arbeiten und den Scharfmachermühlen Wasser liefern. Trotzdem ist uns nicht im mindesten eingefallen, „häufige Schadenfreude zu äußern“, weil die sozialdemokratischen Gewerkschaften für politisch erklärt wurden, wie die sozialdemokratische „Metallarbeiterzeitung“ (Nr. 17, 1914) glauben machen möchte.

Es ist tief bedauerlich, daß in solch ernsten Zeiten die sozialdemokratische Presse das Hege gegen die christlichen Gewerkschaften nicht lassen kann. Wir fragen die rote Presse, wie sich unter solchen Umständen die einmütige Abwehr der koalitionsrechtfeindlichen Bestrebungen vollziehen soll?

Wie ernst die Situation und wie nötig eine energische Abwehr der Scharfmacherbestrebungen ist, zeigen nachfolgende Stellen aus dem bereits angezogenen Artikel Professor Zimmermanns in der „Sozialen Praxis“:

„Das Feldgeschrei der Unternehmerverbände zur Verschärfung des Arbeitswillkürschutzes, das in allen Parlamenten wiederhallt, die Züchtung gelber Gewerkschaften, die berufsmäßige Organisation des Streikbrechergeschäfts, die zunehmende Umweitung organisierter Arbeiter und Privatangestellter, die summa summarum gegen Koalitionszwang der Arbeiter, die zivilrechtliche Haftbarmachung der Gewerkschaften für Streik- und Boykottschäden, die Wiederanwendung des Erpreßungsparagraphen in Lohn- und Tarifkämpfen durch das Reichsgericht, das neue preußische Polizeiaufgebot gegen Streikposten, die Behandlung der Arbeitergewerkschaften als politische Vereine auf dem Umwege über das allgemeine Landesverwaltungsgefes — das sind so einige Exponenten der jüngsten sozialrechtlichen Entwicklungstriebe im „Ring um die Arbeiterfrage.“

„Daß diese Arbeiterfrage heute mehr denn je im rhythmischen Zusammenklang der Massen gleichen Schicksals ihren Ausdruck sucht und suchen muß, daß sie ohne ihre eigene Solidaritätspolitik von den Mühlen der kapitalistischen Maschinerie leicht zu Staub zerstoßen wird, der, aller Hindernisse beraubt, für gesellschaftliche Neubildungen von unten herauf sich unfruchtbar erweist, — für diese soziologischen „Sentiments“ wird man von Polizeibureaokratie und Verwaltungsjustiz keine besonderen Sympathien erwarten. Der Ordnungsstandpunkt des „Quintessenz von moderner“ darf allein als Maßstab für die Beurteilung dieser merkwürdigen „Organisationspolitik“ der verwaltenden und rechtspresenden Behörden gegenüber der Arbeiterkraft herangezogen werden. Wir müssen uns also fragen: haben sich von diesem Ordnungsstandpunkt aus betrachtet, die Dinge in unserer deutschen Arbeiterbewegung in den letzten Jahren, in denen diese engherzige Reaktion sich zeigt, so bedenklich, ja auch nur so unabweisbar entwickelt, daß der Staat mit allen Mitteln wäghes dreinzusetzen Anlaß hätte.“

Nachdem Zimmermann diese Dinge untersucht, kommt er zu einer Verneinung der Notwendigkeit dieser reaktionären Bestrebungen und zu folgenden Folgerungen:

„Alles in Allem: Den deutschen Gewerkschaften sind bereits durch den derzeitigen Stand der äußeren und inneren Organisationsverhältnisse so viele scharfe, tägliche Schranken gezogen, daß auch das bürokratische Gemüt keinerlei Bedrohung des wirtschaftlichen Produktionsbetriebes und der staatlichen Furcht von ihnen zu besorgen hat. Beliebig erfüllen die Gewerkschaften verschiedene positive Sozialfunktionen, die sonst dem Staat zur Last fielen. Auch vom ästhetischen „Ordnungsstandpunkt“ kann man es nicht rechtfertigen, daß das einmütig gekennzeichnete Sonderverbot verwaltungsrechtlicher Mittel gegen die Arbeiterorganisationen losgelassen wird. Die wirtschaftlich soziale Ordnung ist durch die Gewerkschaften viel weniger gefährdet als durch die Karzelle Gewalt der Untertanen, deren Rechte kein Staatsanwalt, keine Behörde prüft.“

Die Rückwärtsentwicklung der Polizei- und Gerichtspraxis in der Behandlung der Arbeiterorganisationen, die in einem schreien Widerspruch zu der Duldsamkeit der Behörden gegenüber der Kampfkraft der Unternehmerverbände und dem gesellschaftlichen Terrorismus der akademisch gebildeten Schichten steht, ist sachlich nicht zu erklären und, da die Behörden doch nicht bewußt auf Provokation der Arbeitermassen hinarbeiten, gerade vom gewerkschaftsfeindlichen Standpunkte aus politisch unklar und kurzichtig. Wenn man züchtet mit dieser ungerathenen Behandlung nur neuen Rotzgeruch in der organisierten Arbeiterkraft, der, wie stets, so auch jetzt wieder sich als ein Zuspätschieber des matt und disharmonisch gestimmten Gewerkschaftslagers erweisen, es über die inneren Schwierigkeiten hinwegweisen und die Konkurrenzgefühle zwischen den einzelnen Gruppen durch den Gedanken an die gemeinsame Gefahr überwinden helfen wird. Der Gewerkschaftsfreund könnte also die rechtliche und politische

Reaktion gegen die Arbeiterorganisationen beinahe als einen Teil jener Kraft, die stets das Böse will und das Gute schafft, begrüßen. Allein das spöttische Lächeln vergeht ihm bei dem Gedanken an die Verwüstung sittlichen Kapitals in den Massen, die an der Gerechtigkeit, dem fundamentum regnum, verzweifeln. Wieviel von dem mühsam aufgerichteten Gebäude des Vertrauens und der Hingabe der Arbeiterschaft an den Staatsgedanken, welche Voraussetzung für die lebendige Einordnung der Arbeiterklasse in das Staatsganze sind, wird durch diese Willkür wieder zerstört!“

Am Anschluß daran bespricht Zimmermann die Abwehrschritte, welche die Arbeiter unternommen, insbesondere beschäftigt er sich mit dem Aufruf des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften und der Denkschrift der sozialdemokratischen Generalkommission, und zieht dann folgende Schlüsse:

„Wenn nur die Hälfte des sorgfältigen Interesses und der scharfen Energie, die man auf die Hemmung der Selbsthilfeorganisationen der Arbeiterschaft verwendet, der positiven Förderung der sozialen Interessen der Arbeiterschaft gewidmet würde, dann würde das Verhältnis zwischen Arbeiterschaft und Behörden und Staat viel geedlicher sein. Und auch die deutschen Arbeitgeber würden mit einer Arbeiterschaft, die Vertrauen mit Vertrauen vergilt, besser fahren als mit einer Arbeiterschaft, die um ihr Grundrecht täglich kämpfen muß. Aber die Konjunktur für das Recht sozialpolitischer Selbsthilfe steht zur Zeit fast noch schlechter als für die sozialpolitische Fürsorge des Gemeinwesens gegenüber den heillos suchenden Gruppen. Im Hinblick auf die Koalitionsrechtspolitik ist man schier versucht zu sagen: Die Sozialpolitik steht nicht still, nein — sie schreitet zurück!“

Gewiß sind die Zeiten ernst, so ernst waren sie in den letzten 25 Jahren noch nicht — auch nicht zur Zeit der Zuchthausvorlage. Da gilt es, alles zur Verteidigung des gefährdeten Koalitionsrechtes zu tun. Das allerwichtigste ist zunächst: Stärkung der Reihen der Organisation. Je größer unsere Zahl, desto weniger Ausichten haben die Scharfmacher.

### Wie die Schwerindustrie die Öffentlichkeit irreführt

Unter der gleichen Ueberschrift zeigten wir in Nr. 18 b. l. B., wie die Vertreter der Großindustrie operieren. Die dort gekennzeichnete Behauptung des Geschäftsführers des Vereins deutscher Eisenhüttenleute — Dr. ing. Schröder-Düffel — die Arbeiter der Friedrich-Alfredhütte in Rheinhausen hätten „mehr Pausen als sie arbeiten“, fand, wie vorauszu sehen war, lebhaften Widerspruch bei den Arbeitern. Unter anderen schickte uns ein Kollege, der bis vor kurzer Zeit auf der Friedrich-Alfredhütte arbeitete, eine Beschreibung einer Anzahl Arbeitsstadien von denen wir nachstehend einen unverkürzt zum Abdruck bringen. Der Kollege schreibt:

„Wir hatten ein Profil, welches von allen Walzern gefertigt wird, nämlich die sogenannten Hakenzapfenplatten, der Block wiegt 2,2 Tonnen. Zu Beginn der Schicht mußten wir Obacht geben, wie die „Stiche“ liefen. Als wir einen probiert hatten, ging „helleweg“ Block auf Block. Mir war die Arbeit zugeteilt worden, die Stäbe auf beiden Walzen, Vor- und Fertigwalze, an- und abzuhalten. Die Bearbeitungszeit eines einzelnen Blocks dauerte 4 1/2 Minuten. Von 6 bis 7 Uhr machten wir 12 Stäbe, so daß wir insgesamt 6 Minuten in der Stunde Wartezeit hatten, bei jedem Block eine halbe Minute. Von 7 bis 8 Uhr ging es im selben Tempo weiter. 7 1/2 Uhr mußte ich für mich und meine Kollegen Kaffee holen. Dieses durfte aber nicht länger als einen Block-Arbeitszeit dauern, also 4 1/2 Minuten, 7 50 Uhr holte ich meine Butterbrot zur Stelle, um einen Happen zu essen. Doch der Walzer denkt und der Obermeister lenkt: Statt Kaffeetrinken hieß es, die beladenen Wagen mit den Walzenstichen vom vorkommenden Profil herauszuschaffen. Von jeder Walzenstraße mußten ein oder zwei Leute genommen werden, und diese Kolonne mußte die Wagen herausfahren. 5 Minuten vor 8 Uhr, als wir schon 22 Block gewalzt hatten und gründlich naß geschwitzigt waren, fuhren wir mit dem ersten Wagen los. Wir hatten unsere Last mit dem Wagen; er war schlecht geschmiert, was sich namentlich in den scharfen Kurven sehr unangenehm bemerkbar machte. Um 8 20 Uhr, als die Kaffeepause längst vorbei war, kamen wir wieder herein, und mußten selbstverständlich gleich unseren Posten wieder einnehmen. So ging es dann durch bis 9 Uhr 20. Weil die nächste Charge noch nicht „warm“ genug war, gab es eine Wartezeit (keine Ruhepause) von 12 Minuten. Bis dahin hatten wir 38 Block a 2,2 Tonnen fertig. Diese 12 Minuten nutzten wir aus, um Kaffee zu trinken und zur Verrichtung der Notdurft. Um 9 35 Uhr erschien der Meister von den Blockstragen und meinte: „Das ganze so langsam.“ Wir sollten jetzt bisher aus einem ganzen Block zwei Ende, jetzt drei Ende walzen. Dieses hatte zur Folge, daß beim dritten Gangblock das zweite Ende zu Bruch ging, weil es zu kalt geworden war. Jetzt gab es ein Donnerkeilen, Schimpfen und Fluchen von seiten des wohlherzogenen und „gebildeten“ Meisters. Wir mußten wohl oder übel den Kran zu Hilfe nehmen und das Bruch beiseite schaffen. Dieses dauerte etwa 20 Minuten. Als wir unsere Geräte wieder an Ort und Stelle hatten, mußten Knüppel gewalzt werden. Dieses dauerte von 10 bis 10 35 Uhr. Jetzt ging es wieder wie vorher das alte Tempo. Jede halbe Minute einen Block, so daß wir 11 45 Uhr 38 Block fertig hatten. Nun gab es eine kleine Wartezeit von einigen Minuten, so daß wir beinahe in Verfassung geratet wären, unseren „Henkelmann“ leer zu machen. Wir hatten ihn zur Stelle geholt, um anzufangen mit dem Essen. Aber 5 Minuten vor 12 Uhr kam wieder ein Block und es mußte gewalzt werden. Dieses ging bis 12 20 Uhr, allerdings mit kleineren Wartezeiten. Beim 63. Block (um 12 20 Uhr) wurde ein Mitarbeiter von einem Wagzug schwer verletzt und verortet. Jetzt gab es ein planloses, verzweifelltes Hin- und Herpringen, um den Verletzten aus seiner gefährlichen Lage zu befreien. Er wurde sofort zum Verwunden nach dem Heilzieder gebracht und dann zum Krankenhaus transportiert. Dieses Wegtransportieren des Kollegen bejorgte zwei Mann, während wir anderen uns mit der Fortschaffung des etwa 30 Meter langen und 45 Zentner schweren Wagzuges abgaben mußten. Mittlerweile war es 12 45 Uhr geworden, so daß wir sicher dachten, jetzt unser Essen einzunehmen zu können. Doch damit wars mal wieder nichts. Der Meister befaßl frikte: Es mußte „gebet“ werden. Und in der Tat, es mußte zwei Geräte „Walzen“ gebat werden. Eine Arbeit, welche bei nur etwas harmonischem Hand-in-Hand-Arbeiten 4 bis 4 1/2 Stunde Zeit in Anspruch nimmt. Wir mußten gleich zugreifen mit Ab-

kuppeln und dergleichen. Doch auf einmal hieß es vom Walzmeister her, es müßten Knüppel gemacht werden. Wir hatten uns unseren Henkelmann mit an die Knüppelwalze genommen, um ihn hier (wenn auch nicht mit einem Male) zu entleeren. Es mußte zum Beispiel fünfmal ansetzen, ehe ich ihn leer hatte, selbstverständlich mußten immer zwischenbüchse Blöcke mit aufgekantet werden, bis es endlich erreicht war. Allerdings, der Appetit war uns angesichts des gräßlichen Unglücksfalles und der rigorosen Schjagd fast vergangen. Doch es mochte sein, wie es wollte, es mußte geschafft werden. So ging es denn durch bis 4 Uhr 5 Minuten, als es endlich eine kleine Unterbrechung von ungefähr 7 Minuten gab. Diese Zeit benutzten wir zum Kaffeeholen. Als dieses besorgt war, ging es wieder „helleweg“. Bis 5 Uhr 15. Jetzt gabs Stodung, denn es war mitten im Walzen ein „Hund“ aus den Fugen gesprungen, was zur Folge hatte, daß ein Stab nicht seinen gewöhnlichen Weg auf den Rollgang nahm, sondern unter diesen herging. Jetzt gabs selbstverständlich statt Kaffeetrinken ein Bombardement von Schimpf- und Kraftausdrücken aller Art. Der Kran wurde zu Hilfe genommen, um das Bruchstück herauszuziehen. Das dauerte etwa 15 Minuten. Jetzt mußten wir dieses Stück, das auf ungefähr 80 Meter ausgewalzt war, schrittweise begleiten mit unseren Eisenstangen, um es bei der ersten Säge abzuschneiden zu lassen. Auch bei dieser Treiberei erlitt ein Arbeiter einen Unfall. Mittlerweile wars 5 50 Uhr geworden und wir waren schon mit unseren Geräten abgerückt, um sie in die Aufbewahrungskästen unterzubringen. Raum war dieses geschehen, da donnerte uns der Meister schon wieder an: „Wollt Ihr wohl machen, daß Ihr wieder da runter kommt!“ Jetzt ging es im Lauffschritt, um den Stab von der Säge bis zur Schere zu begleiten. Endlich ertönte die Nebelstöße. Es war Feierabend. Jetzt mußten wir noch schneller wie vorher wieder laufen, unsere Sachen fortzutun, um ja schnell genug unserer Kartenkontrolle Genüge zu leisten. Selbige wird bekanntlich 6 Uhr 5 Minuten abgeschlossen. Jetzt hatten wir Zeit genug!

Meine Tagesleistung betrug: Hakenzapfenplatten 129,65 Tonnen, Knüppel 276,5 Tonnen, zusammen 406,15 Tonnen. Meine Pausen resp. Unterbrechungen betragen 33 1/2 Minuten.

Die Butterbrote für den Nachmittagskaffee mußten wir wieder mit zu Hause nehmen. Sie dienten den lieben Kleinen als „Hosenbrot“. So geschahen auf der Friedrich-Alfredhütte in Rheinhausen. (Unterchrift.)

Wir fügen hinzu, daß dieses nicht ein einzelner Fall ist, sondern er ist nur aus einer Anzahl herausgegriffen. Aus der Darstellung geht hervor, daß die Behauptungen von den vielen Pausen und der kurzen Arbeitszeit in der schweren Eisenindustrie — welche die Scharfmacherpresse der Öffentlichkeit suggerieren möchte — einfach nicht wahr sind.

Alle unsere Kollegen in der Schwerindustrie — ganz gleich, ob sie am Hochofen, im Stahl-, Walz-, Puddel-, Hammerwerk oder sonstwo beschäftigt sind — sollten sich vorstehenden Brief als Muster nehmen und ihre Beobachtungen in gleicher Weise unter Angabe des Tages und des Werkes niederzuschreiben, damit im geeigneten Moment den unrichtigen Schilderungen der Industrievertreter Tatsachen entgegengesetzt werden können.

### Das Taylorsystem

Zu den gleichnamigen Artikeln in Nr. 16 und 17, die den Vortrag des Herrn Gewerbelehrers Wahlinger über das Taylorsystem wiedergaben, sendet uns Herr Wahlinger folgende ergänzende Bemerkungen.

Wenn ich auf Einzelheiten in dem Referat über meinen Vortrag nicht eingehe, so tue ich es in dem Bewußtsein, daß über dieses und jenes die Auffassung immer verschieden sein wird, so z. B. über das Verhältnis der Firma Bosch zum Taylorsystem. Ich habe keinerlei materielles Interesse an der Frage. Eben deswegen möchte ich die Schlüsse anführen, die sich meines Erachtens für den Arbeitnehmer vom objektiven Standpunkt aus ergeben.

Das sog. Taylorsystem ist durchaus nichts Neues. Bei jedem guten Betriebsleiter war von jeher vorhanden „die ehrliche, verständige Bemühung, die unbedingte Ueberkraft in jeder Abteilung zu gewinnen, widerspruchsfreie Tatsachen an die Stelle von Ansichten zu setzen, das Zusammenarbeiten auf den höchsten Grad der Vollendung zu bringen.“ (Nr. 16.) Das ist an und für sich bekannt. Längst kennen wir die immer weitergehende Arbeitsteilung, Anwendung der Maschinen, Kontrolle der Arbeitsleistung u. a. m. All das sind nichts weiter als Maßnahmen, um an den Selbstkosten zu sparen, und daher schon längst geübt. Taylor hat dieses Streben nur systematisiert und der Öffentlichkeit unterbreitet. Neu ist uns nur der Form nach höchstens die Zeitmessung und das sog. Differenzsystem. Es wäre deswegen nicht angebracht, jetzt ohne weiteres grundsätzlich dagegen Stellung zu nehmen.

Das ist schon um deswillen nicht oder kaum möglich, weil das System der Betriebsleitung, wie es von Taylor fixiert wurde, nie als Ganzes eingeführt werden kann. Die völlige Einführung nimmt, vorausgesetzt, daß dies der Betrieb überhaupt zuläßt, Jahre in Anspruch. Es können also immer nur einzelne Teile zur Anwendung gelangen, und die sind von intelligenten Betriebsführern von jeher mehr oder weniger gehandhabt worden, wahrscheinlich mehr gefühlsmäßig. Wenn nun das selbe geschieht, und bewußt planmäßig, so dürfte dagegen eine Stellungnahme sehr schwierig sein. Selbst, wenn es möglich wäre, in einem Betriebe eine neue Betriebsweise abzuschließen, würde das dem eigenen Interesse der betreffenden Arbeitnehmer nicht entsprechen, wenn es sich wirklich um wirtschaftlich besseres Arbeiten handelt. Nun hat Taylor zweifellos die bis heute allgemein bekannten wirksamsten Maßnahmen einer guten Betriebsleitung zusammengestellt. Wenn also ein Betrieb auf der Höhe bleiben will, muß er ernstlich prüfen, ob sich ihm davon etwas eignet, und was in dieser Hinsicht noch zu tun ist. Wenn hier die Arbeitnehmer hindernd in den Weg treten würden, wäre damit die Konkurrenzfähigkeit des eigenen Betriebes gefährdet, würde an dem Afse gelagt, auf dem man selber ist.

Auf ein anderes ist vornehmlich das Augenmerk der Arbeitnehmer zu richten. Tatsächlich enthält das Taylorische System die Forderung einer möglichst intensiven Tätigkeit des Arbeiters. Darum ist dieser berechtigt und verpflichtet, auch sein Interesse zu wahren. Das geht einmal dahin, daß jede gesundheitliche Schädigung des Arbeiters vermieden wird. Festgesetzte Tätigkeit bedingt, daß entsprechend die Arbeitsdauer verkürzt wird. In diesem Sinne decken sich eigentlich die Interessen von Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Wenn in kürzerer Zeit mehr geleistet wird, verkleinern sich auch die Unkosten. Wirtschaftlich ist immer

das beste, kürzer aber völlig ausgiebig zu arbeiten. Zweitens hat sich der Arbeiter mit der Frage zu beschäftigen, einen Anteil an der Mehrleistung des Systems d. h. entsprechend einen höheren Lohn zu bekommen. Wenn auf Grund gesteigerter Tätigkeit eine Mehrproduktion erzielt wird, muß jeder Billigdenkende als gerecht anerkennen, daß mit dieser Mehrleistung eine Erhöhung des Lohnes zu verknüpfen ist. Taylor will keine Schädigung des Arbeiters, aber eine möglichst gute Bezahlung. — (Wir werden in der nächsten Zeit auf die Sache zurückkommen und verweisen heute nur auf die Artikel in Nr. 17 und 18 über „die wissenschaftliche Betriebsführung im Lokomotivbau“. Red.)

### Die Handelspolitik

Im letzten Aufsatz haben wir die Krise behandelt, in die der Zollverein durch das Bestehen Oesterreichs, sich auch wirtschaftlich enger an Deutschland anzuschließen, gekommen war, und gesehen, daß der Kampf mit einem Teil des Donauraumes und der Wiedererneuerung des Zollvereins endigte. 1853 schloß der Zollverein einen Vertrag mit Oesterreich, der eine Reihe von Vergünstigungen in Gestalt von Zollermäßigungen beim Uebergang der Grenzen der beiden Wirtschaftsgebiete aufwies; außerdem wurde die Bestimmung aufgenommen, daß dieser Vertrag keine endgültige Lösung darstelle, sondern, daß als solche die Aufnahme Oesterreichs in den Zollverein zu betrachten sei. Darüber sollten 1860 weitere Verhandlungen stattfinden. Wenn man geglaubt hatte, daß der Verkehr zwischen Oesterreich und dem Gebiete des Zollvereins durch den begünstigten Tarif eine besondere Belebung erfahren würde, so sah man sich darin getäuscht.

Im Zollverein verließen die 50er Jahre ohne bedeutendes Ereignis. Von Interesse ist nur, daß die Gegensätze zwischen Nord und Süd manchmal recht scharf zum Ausdruck kamen. Während Preußen sich bestrebt, eine Zollermäßigung für verschiedene Produkte, insbesondere auch für Eisen herbeizuführen, erklärten sich die süddeutschen Staaten unter Führung Bayerns dagegen. Die Weinbauenden Staaten verlangten eine Ermäßigung der Uebergangsabgaben, Preußen war dagegen. Eine Einigung über diese und andere wichtige Fragen konnte nicht zustande kommen wegen der eigenartigen Verfassung des Zollvereins, durch die bekanntlich jeder Beschluß verhindert werden konnte, wenn auch nur ein Staat, und wäre es der kleinste, widersprach.

Frankreich hatte schon bald nach Bildung des Zollvereins sich bemüht, Einfluß auf seine Handelspolitik zu bekommen, doch war ihm das nicht gelungen. Die Handelspolitik Frankreichs war ausgesprochen protektionistisch, d. h. nicht unbeträchtliche Schutzzölle schützten Landwirtschaft und Industrie vor ausländischer Konkurrenz. Mehrfach trat Frankreich an den Zollverein heran, um mit ihm einen Handelsvertrag abzuschließen — so auch gegen Ende der 30er Jahre. Das Auftreten Frankreichs war aber so, daß sich die Verhandlungen zerschlugen. Es ging von der Voraussetzung aus, daß der Zollverein alles und Frankreich nichts oder nur wenig zu gewähren habe. 1840 erhöhte Frankreich sogar die Zölle für verschiedene Waren, deren Ausfuhr für den Zollverein von großer Bedeutung war. Auf Nähnadeln wurde ein Zoll von 8 Fres. per Kilogramm gelegt, die Zölle für Flach- und Werggarne wurden erhöht und ebenso die für Schwarzwälder Uhren. Der Zoll für letztere wurde von 1 auf 2 Fres. für das Stück festgesetzt. Der Zollverein ließ sich diese Erschwerung seiner Ausfuhr nicht ohne weiteres gefallen. Er antwortete mit Gegenmaßnahmen, die darin bestanden, daß vom 1. Januar 1843 an für mehrere Waren eine Verdoppelung

der bisherigen tarfmäßigen Zölle eingeführt wurde. So für verschiedene „kurze Waren“, lederne Handschuhe, Franzbranntwein und Varietätentänze. Die Folge dieses Vorgehens waren erneute Verhandlungen zwischen Frankreich und dem Zollverein. Frankreich wollte durch sie die Wiederaufhebung der beschlossenen Zollhöhen bezwecken. Da es aber auch jetzt nur geringe oder Scheinzugeständnisse machte, verließen die Verhandlungen wiederum erfolglos.

England hatte Jahrhunderte hindurch seine Gesetzgebung über Schifffahrt und Zollwesen nach den Prinzipien des strengsten Protektions- (Schutz-) und Prohibitions- (Hinderungs-) Systems geleitet. „Nachdem Englands Schifffahrt und Industrie teils durch diesen Schutz, teils durch die günstigen Lokalverhältnisse sich die erste Stelle erworben und jene aller anderen Nationen überflügelt hatte, erkannten die englischen Staatsmänner, daß die Zeit gekommen sei, dieses System zu ändern, das nun, sowie die anderen Nationen daselbe mehr und mehr in Anwendung brachten, seine Spitze gegen England kehrte und einer weiteren Ausdehnung der englischen Industrie hindernd in den Weg trat.“ In den 40er Jahren setzte in England eine starke Bewegung für den Freihandel ein. Sie ging von Manchester (Manchesterium) aus und an ihrer Spitze standen die Männer Cobden und Bright. Scharf wendeten sie sich gegen die Getreidezölle; 1842 erfuhren sie unter dem Ministerium Peel, des Führers der Konservativen, eine beträchtliche Ermäßigung und 1846 fielen sie ganz. Auch für die Industrie produkte brachten die vierziger Jahre verschiedene Zollermäßigungen. Glassteine vollendete dann das Werk in den Tarifen von 1853 und 1860. Wenn sich auch die Hoffnung Englands, daß die anderen Staaten sich ebenfalls dem Freihandel zuwenden, zunächst nicht erfüllte, so konnte es seine Stellung durch den Abschluß verschiedener Handelsverträge, die alle bedeutende Zollermäßigungen brachten, doch stärken.

Im Jahre 1860 kam ein Handelsvertrag zwischen England und Frankreich zustande, (Der sog. Cobdenvertrag.) Von ihm sagt der schon mehrfach angeführte Weber (S. 368): „Er ist vielleicht neben dem Zollvereinsvertrage auf wirtschaftlichem Gebiete das wichtigste internationale Ereignis dieses Jahrhunderts.“ Tatsächlich wurde die Handelspolitik verschiedener anderer Länder wesentlich durch ihn beeinflusst. Frankreich bequeme sich in diesem Handelsvertrag zu einer beträchtlichen Herabsetzung seiner Zölle. Es verpflichtete sich, „von einer großen Reihe von Artikeln englischer Produktion und Fabrikation keine höheren Zölle als von 30 Proz. und vom 1. Oktober 1864 an von 25 Proz.“ vom Wert zu erheben. Die Ausfuhrverbote in Frankreich wurden mit dieser Bestimmung aufgehoben. England hob noch eine Anzahl bestehender Zölle auf und gewährte außerdem eine Zollermäßigung auf die Einfuhr französischer Weine. Von besonderer Bedeutung war, daß in dem Vertrage die Meistbegünstigung festgesetzt wurde. Der Artikel 19 enthält die Bestimmung: „Eine jede der beiden hohen kontrahierenden Mächte verpflichtet sich, der andern jede Begünstigung, Bevorzugung oder Ermäßigung des Tarifes der Einfuhr von den in dem gegenwärtigen Vertrage erwähnten Artikeln zuteil werden zu lassen, welche die besagte Macht irgendwelcher dritten Macht zugesprochen hätte. Sie machen sich ferner verbindlich, die eine gegen die andere keinerlei Einfuhr- oder Ausfuhrverbot in Kraft zu setzen, das nicht zu gleicher Zeit auf alle andere Nationen Verwendung findet.“ (Weber a. a. S. 32.)

Frankreich wandte den ermäßigten Zolltarif selbstverständlich nur dem Vertragsstaat, England gegenüber an; wollten

\*) Weber a. a. S. 359.  
\*\*) Weber a. a. S. 367.

ihn auch andere Staaten genießen, mußten sie eben mit Frankreich einen Handelsvertrag abschließen, wenn sie nicht, was vielfach geschah, ihre Waren über England nach Frankreich einführen und so ohne Gegenleistung der niederen Zölle teilhaftig werden wollten. Mit dem englisch-französischen Handelsvertrag waren die Aussichten, mit dem Zollverein ebenfalls zu vertragsmäßig geregelten Handelsbeziehungen zu kommen, natürlich günstiger geworden. Um den Preis der Zollermäßigungen, die Frankreich England gewährt hatte, konnte der Zollverein dem Zollverein bezw. Preußen ein entsprechendes Angebot machen, erzwang dieses die Gelegenheit. Was Frankreich verlangte, war folgendes: „1. Gegenseitige vollkommene Freiheit für die Durchfuhr; 2. für die Ausfuhr gegenseitige Zollfreiheit, mit Ausnahme der Lumpen, für welche ein gleichmäßiger Ausgangszoll verabredet werden sollte; 3. für die Einfuhr gegenseitige Behandlung auf dem Fuße der meistbegünstigten Nation und Ausgleichung der beiderseitigen Zolltarife.“ Die beiden ersten Punkte konnten ohne Schwierigkeiten erledigt werden, desto größere Stellen sich den unter 3 genannten entgegen. Zwar nicht von seiten Preußens, das von vornherein gewillt war, die Bedingungen anzunehmen, aber seitens der übrigen Zollvereinsstaaten und Oesterreichs. Bemerkt muß übrigens werden, daß Preußen von Anfang an die übrigen Zollvereinsstaaten so ziemlich über die Verhandlungen in Unkenntnis ließ und bestrebt war, sie vor feststehende Tatsachen zu stellen.

Frankreich forderte „Ausgleichung der Tarife“. Diese Forderung konnte und sollte nur so verstanden werden, daß der bestehende Zollvereinstarif einer Revision unterzogen würde. Tatsächlich hatte er eine solche dringend nötig. Er war f. Z. von Preußen (1818) so ziemlich ohne jedes System aufgestellt worden, und eine wesentliche Veränderung hatte infolge der Verfassung des Zollvereins eigentlich nie stattgefunden. Abgesehen von dieser mehr technischen Seite standen aber die Zölle sehr oft in gar keinem Verhältnis zum Werte der Ware. Da Frankreich seinen Handelsvertragsstarke mit England bedeutend ermäßigt hatte, so verlangte es vom Zollverein das gleiche. Um es gleich zu sagen: Bei den Vertragsstaaten Deutschlands fand eigentlich die Zolltarifrevision später keinen Widerstand — sie waren alle von ihrer Notwendigkeit überzeugt, das auch im Sinne einer Ermäßigung der einzelnen Posten. Das Wirtschaftsleben hatte sich in Deutschland unter der Herrschaft des Zollvereins überaus günstig entwickelt und wenn man auch keine zahlenmäßigen Unterlagen hatte, war man doch der Ueberzeugung, daß ein Zolltarif in der bisherigen Höhe nicht mehr nötig sei.

Der Widerstand der Zollvereinsstaaten und Oesterreichs richtete sich gegen die Bestimmung, daß beide Staaten einander die Meistbegünstigung zu gewähren hätten. Diese besteht ja, wie schon früher gesagt, in der Zustimmung, daß jedem vertragstschließenden Staate ohne weitere Gegenleistung die Vergünstigung zufällt, die einem dritten gewährt wird. Unsere Leser werden sich erinnern, daß in dem mit Oesterreich im Jahre 1853 abgeschlossenen Vertrag eine weitgehende Begünstigung der beiderseitigen Waren in der Zollbehandlung festgelegt wurde mit dem ausgesprochenen Zweck, durch diese vorbereitende Maßregel den Boden für eine spätere noch engere Verbindung zwischen den beiden Wirtschaftsgebieten zu ebnen. Die Meistbegünstigung in dem vorerwähnten Handelsvertrag mit Frankreich aber verbot eine besondere Bevorzugung der österreichischen Waren; denn jede solche mußte eben durch die Meistbegünstigungsklausel auch Frankreich zugute kommen. Wie noch erinnerlich, war Preußen 1853 nur nach langem Widerstreben darauf eingegangen mit Oesterreich den geschälberten Vertrag zu schließen. Politische Momente waren damals für sein Handeln maßgebend und waren es auch jetzt wieder. Der deutsch-französischen Handelsvertrag sollte dazu

### Wach auf!

Gleiche Rechte zu erstreben,  
Das sei dein erste Pflicht!  
Willst du vorwärts in dem Leben,  
Komm zu uns und säume nicht.

Nur dem Kämpfer wird's gelingen,  
Feigling ist, der sich bedenkst  
Und dein Recht, vor allen Dingen,  
Hat's ein Gott dir nicht geschenkt?

Werde Kämpfer und vollbringe,  
Was dem Trägen dünkt verpönt,  
Um die Menschenrechte ringe,  
Diese Arbeit dich verschönt.

Die Trägheit immer selbst sich rächt.  
Wozu bist du auf Erden?  
Wach auf, mein Freund, dein Menschenrecht  
Es soll geknebelt werden.

Schon viel zu lange, lieber Freund,  
Wartest fern du unsern Reihen,  
Wo Recht und Pflicht sich treu vereint,  
Sollst du auch dich ihr weihen.

Hubert Dammhoff, Brackwebe.

### Bilder aus dem Leben der Ortsgruppen

Zu wiederholtem Male hat das Verbandsorgan Ortsverwaltungen und Kollegen zur energischen Agitationsarbeit aufgerufen. Verbandsgeneralversammlungen und Bezirkskonferenzen haben diesbezügliche Beschlüsse gefaßt und Anregungen über das Wie der Agitationsarbeit gegeben. Trotzdem zeigen manche Gruppen Stagnation und oft Rückgang. Woher kommt das?

Wenn wir die betreffenden Vorstände und Kollegen befragen, warum es bei ihnen nicht vorwärts geht, so dienen gewöhnlich „die besonders ärztlichen Verhältnisse“ als Entschuldigung. Geht man der Sache auf den Grund, so zeigt sich gewöhnlich, daß die „besonderen schwierigen örtlichen Verhältnisse“ eine Ausrede sind, um die eigene Untätigkeit zu verdecken. Fragt man: Was habt ihr getan auf dem Gebiete der öffentlichen Aufklärung, durch Verteilung von Flugblättern, Mitarbeit in der Presse, durch Stellungnahme zu den, die Arbeiterfrage berührenden Fragen in Versammlungen, so lautet die Antwort: das können wir nicht oder es muß direkt zugegeben werden, daß die liebe Bequemlichkeit Schuld ist. Forscht man weiter, ist die Kleinarbeit, die Hausagitation ständig mit Energie und Ausdauer betrieben worden — nicht nur einmal, wie ein Strohhalm auf Wasser —, so ist das Resultat gleich Null.

Als Grund wird angegeben: mangelnde Mitarbeit der Kollegen. „Mangelnde Mitarbeit“, welches Zeugnis für ihre Untätigkeit stellen sich die Kollegen damit selber aus. Wer soll ihnen denn bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse schaffen, wer

sie schützen gegen die Willkür und Unbilden im Wirtschaftsleben, wer ihrem Stand Anerkennung und Achtung verschaffen? Sind denn diese Kollegen so einseitig, daß sie glauben, es käme von selbst, oder der Unternehmer verrichtete ihnen diese Arbeit? Glaubt man, wie ich es einmal in der Ortsgruppe B. erlebte, in welchem Orte trotz der sehr schlechten Löhne Arbeitgeber sich sogar in der Hochkonjunktur Abzüge gestatten durften, daß es damit getan sei, darüber am Bierisch zu jammern und wehleidig aufzusuchen: Wenn uns die Unternehmer nur unsern kärglichen Lohn lassen würden und keine Abzüge machen! Noch lebhaft steht mir jene Situation vor Augen. Die Klage der Arbeiter ist begründet. Was geschah aber zur Abwehr? Zufällig hatte unser Verband an dem betreffenden Tage, an dem die Abzüge erfolgten, eine Versammlung einberufen. Die Arbeiter wurden durch Flugblätter dazu eingeladen. Resultat: Nicht einmal die Mitglieder fühlten sich bemüht, in die Versammlung zu kommen, geschweige die Unorganisierten. Am andern Tag früh 6 Uhr zogen sie aber mit einem Klammhimmverein unter Trommelschlag und Musikklang zur Stadt hinaus um abends mit leerem Geldbeutel wieder heimwärts zu ziehen. Montag früh ging mit Geschimpfe zur Arbeit, das war der ganze Protest. Besonders „Intelligente“ glaubten diesen Protest am Wahltag durch Abgabe eines roten Stimmzettels noch mehr „Nachdruck“ verleihen zu sollen. Die Abzüge aber blieben nicht nur, sondern wurden im nächsten Jahre wiederholt. Die Unternehmer lachten sich ins Fäustchen.

Was nützt den Arbeitern die Belästigung im Klammhimmverein, schafft der ihnen bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse; bietet der ihnen eine Interessenvertretung, einen Schutz gegen die Unbilden im Arbeitsleben? Nicht im geringsten. Anstatt dem Klammhimmverein Zeit und Geld zu opfern, sollten sich die Arbeiter der Organisation anschließen, durch Versammlungsbesuch und Lesen des Verbandsorgans sich schulen. Und unermüdlich werden, daß die Zahl der Kollegen zur Vertretung der Wünsche und Forderungen stärker wird. Wer so handelt, ist ein standesbewußter, aufrechter Arbeiter — ein Gewerkschafter.

Ein anderes Bild! Die Ortsgruppe C., rund 100 Mitglieder stark, hat in einem halben Jahre keine einzige Aufnahme zu verzeichnen. Am Orte selbst sind mehrere tausend Metallarbeiter. Die Gegner haben Zuwachs, bei uns Stagnation. Wie kommt das? Nicht daß die Kollegen dort überhaupt nichts täten. Was tun sie aber? Die Intelligenz der Kollegenchaft steckt in allen möglichen Vereinen, beladet sich oder läßt sich alle möglichen und unmöglichen Posten und Ämter aufhalsen. Dadurch haben sie sich für die Gewerkschaftsarbeit lahmgelegt. Die Vorstandschaft und der Vorsitzende hat keine Zeit um ein richtiges festes Versammlungsweisen zu pflegen und diese auszugestalten. Die Unpünktlichkeit des Vorstandes reizt die Mitglieder zum Gleichen. Es kann keine richtige Kontrolle der Vertrauensmänner stattfinden. Kollegen werden nachlässig in ihren Verpflichtungen. Ihnen wird nicht nachgegangen, um sie der Organisation zu erhalten. Mitarbeiter aus den Kollegenkreisen werden nicht herangezogen. Agitorische Kleinarbeit wird nicht gemacht — daher keine Aufnahmen. Kommt von einer Verbandsmitgliedschaft eine Anregung, so fühlt man sich gekränkt.

Kollegen! Ist uns damit gedient? Was nützt es, wenn ich aus voller Kehle die Schönheiten der Welt und das Ideale besinge, wenn ich von Kunst, Wohnungsschmuck und ähnlichen Sachen überfließe, und mir dazu jede materielle Unterlage fehlt. Die Gewerkschaftsbewegung muß doch zuerst, den Boden schaffen, auf dem aufgebaut werden kann. Diese Arbeit ist zuerst zu leisten, dann wird das andere schon kommen. Welche Kraft kann auch in einer kleinen Ortsgruppe geschaffen werden, wenn Vorstand und Vertrauensleute sich sagen: Wir wollen! Wenn diese als leuchtendes Beispiel für die Mitglieder „ihr Wollen“ in die Tat umsetzen, dann folgen die Mitglieder schon nach. Die Tat wirkt und bei jäher Ausdauer wird sie schöne Früchte bringen.

„Nur der erringt sich Freiheit wie das Leben;  
Der täglich sie erobert ein.“

Bei dieser Gelegenheit ein ernstes Manneswort an die besser gegahnten Kollegen und an die Intelligenz der Kollegenchaft: Die einen glauben, sie haben die Gewerkschaftsarbeit nicht notwendig, die andern fühlen sich als zu gut dazu, manche haben sich aus diesem oder jenem Grund verärgert zurückgezogen. Ist das richtig gehandelt; können diese Kollegen ruhig zusehen, wie Tausende und Abertausende ihrer Mitmenschen sich schwer abmühen. Können sie ruhig tatenlos beiseite stehen, wenn die Zahl der Gegner größer wird und der Kampf immer heftiger entbrennt. Ist ihre Lage vielleicht gesichert für die ganze Lebenszeit? Wahrscheinlich, wer glaubt, nur zusehen zu können oder sich auf die Kritik beschränkt, der verneint selbst den Wert seiner Persönlichkeit. In die Front heißt es und in praktischer Betätigung die Leistungsfähigkeit beweisen. Ist es nicht am letzten Ende eine innerlich befriedigende ideale Arbeit — für Person und Allgemeinheit nutzbringend!

Wenn einmal Meinungsverhältnisse in einer Arbeit bestehen, gut, dann spricht man sich aus wie es sich unter Männern geziemt. Dann aber auf dem festen Boden unserer Grundgesetze stehend wacker in die Speichen gegriffen. Der zeigt keine Männlichkeit, der stets bei allen Unpünktlichkeiten die Flinte ins Korn wirft — evl. dem Verbände untreu wird. Er nimmt sich selbst die Waffe zum Lebenskampf, wird fahnenflüchtig und schädigt sich selbst. Habe ich mir einmal im Kampfe eine Niederlage geholt, dann war ich nicht stark genug oder nicht ganz ausgebildet. Furcht und Mutlosigkeit geziemt dem Feigling, nicht dem Mann. Weiter gearbeitet an dem Ausbau meines Heeres, der Organisation und an meiner gewerkschaftlichen Durchbildung gearbeitet. Wenn ich so rüste, halte ich den Gegner im Schach und kann ihn zu Konzeptionen zwingen. Nicht der Pessimist bleibt Sieger, sondern die Männer ohne Furcht.

So handelte man in C. Lange Zeit stagnierte alles. Endlich raffte man sich auf. Vorstand und Kollegen gingen an systematische Kleinarbeit — Hausagitation — zu betreiben. Der Erfolg blieb nicht aus, die Ortsgruppe verdoppelte innerhalb eines Quartals ihre Mitgliederzahl. In die Kollegenchaft zog neue Hoffnung, neues Leben. Ein Beweis dafür, daß dort, wo man statt zu nörgeln, seine Kraft einsetzt, der Erfolg nicht ausbleibt.

Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg.

dienen, Oesterreich aus seiner Vorzugsstellung nieder zu verdrängen. Die politischen Verhältnisse zwischen Oesterreich und Preußen hatten sich seit 1850, wo letzteres in Olmütz zweifellos eine Niederlage erlitten hatte, nicht mehr gebessert. Der Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland dauerte fort. Bereits im Jahre 1860 hatte Preußen Oesterreich erklärt, daß es zwar bereit sei, mit ihm zu verhandeln, daß aber an eine Aufnahme in den Zollverein nicht zu denken sei. Schon die im Handelsvertrag mit Frankreich vorgesehenen Zollermäßigungen mußten Oesterreich einen etwaigen Abschluß sehr erschweren. So gekränkt wie die deutsche Industrie war die österreichische trotz aller Fortschritte doch nicht und eine Zollherabsetzung in dem geplanten Umfange mußte sie sehr hart empfinden.

Politische Notizen waren es also, die das Handeln Preußens bestimmten. „Das Vordringen Oesterreichs auf politischem Gebiet in Deutschland war gehemmt“, so bald es zu dem Zollverein nur im Verhältnis eines Vertragsstaates wie jeder andere auch stand.

### Allgemeine Rundschau Eine neue Bundesratsverordnung

Im Reichsgesetzblatt Nr. 25/1914 wird eine neue Bundesratsverordnung über den Betrieb der Anlagen der Großindustrie veröffentlicht. Sie tritt am 1. Dezember 1914 in Kraft, an welchem Tage die bisherige Verordnung vom 19. Dezember 1908 erlischt. Diese Nr. war bereits für den Druck abgeschlossen, als uns der Wortlaut der neuen Verordnung zu Gesicht kam. In der nächsten Nr. werden wir eingehend auf die Sache zurückkommen.

### Zur Wohnungsfrage

Der dritte Deutsche Arbeiterkongress hat sich bekanntlich sehr eingehend mit der Wohnungsfrage beschäftigt. Die Referenten und die Diskussionsredner beschränkten sich aber nicht nur darauf, die Mißstände im Wohnungswesen aufzuzeigen und zu kritisieren, sondern sie gaben Mittel und Wege an zur Besserung der Verhältnisse. Jetzt ist dem preussischen Landtag und der preussischen Regierung Gelegenheit gegeben worden, praktische Arbeit zu leisten auf diesem Gebiete. Kollege Reichstagsabgeordneter Giesberts hat in der Wohnungsgeheimkommission folgende Resolution beantragt:

„Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, die Kgl. Staatsregierung zu ersuchen, einen Fonds von 100 Mill. M. zur Verfügung zu stellen zur Förderung des Kleinwohnungsbaues für die minderbemittelte Bevölkerung, besonders der Städte und Industriegebiete. Aus diesem Fonds sind Mittel zu gemäßen a) an Gemeinden, öffentlich-rechtliche Korporationen, gemeinnützige Organisationen (Baugenossenschaften, welche die Herstellung von Kleinwohnungen in Miete oder zum Eigentums-erwerb betreiben) nach von der Regierung einzuführenden Vorschriften, die auf Grund der bisherigen Erfahrungen aufzustellen sind, b) zum Bau von Ledigenheimen und Logierhäusern für minderbemittelte Volkskreise an Gemeinden und solche gemeinnützigen Korporationen, welche die Gewähr bieten für gute Verwaltung. Die Gewährung der Mittel erfolgt 1. durch Uebernahme von Bürgschaften für anderwärts gestellte Darlehen besonders seitens der Versicherungsanstalten, Spar- und Darlehenskassen oder auf Kredit, 2. durch Hergabe von verzinslichen Darlehen zu nicht mehr als 3 1/2 Proz. mit geringer Amortisation für die erste Hypothek, 3. durch Hergabe von verzinslichen Darlehen für zweite Hypotheken zu angemessenem Zinsfuß und angemessener Amortisation. Hierbei ist ganz besonders ins Auge zu fassen, daß bei Einzelbewilligungen von Ein- und Zweifamilienhäusern, welche den Zweck der Sekundärwohnung verfolgen, die zweite Hypothek durch eine Lebensversicherung des Kaufmanns sichergestellt wird. In diesem Falle ist der Zinsfuß höchstens mit 3 1/2 Proz. zu bemessen.“

Wir werden in den nächsten Nr. aus den Berichten der preussischen und bayerischen Gewerbeaufsichtsbeamten zeigen — also an der Hand amtlichen Materials — wie notwendig die Annahme und Durchführung des Antrages Giesberts ist.

### Die behördliche Jugendpflege

Seit dem Ministerialerlaß vom 18. Januar 1911, der wesentliche Maßnahmen für die Jugendpflege vorschrieb, ist diese immer mannigfaltiger und umfangreicher geworden. Ein besonderer Bestandteil derselben sind die Jugendpflegekurse. Im Jahre 1913 wurde fast in jeder Stadt und in jedem Kreis einer abgehalten. Der eingehendste ist der vom Kultusministerium in der Landesverwaltung zu Spandau abgehaltene, er dauerte 12 Tage. Das gesamte Gebiet der Jugendpflege wurde behandelt. Die Teilnehmerzahl ist beschränkt und erstreckt sich außer auf Land- Regierungs- und Schulräte, nur auf solche Persönlichkeiten, die für die Jugendpflege besonders ausgehildet und für die Jugendpflegekurse als Referenten oder Leiter in Betracht kommen sollen.

Die größte Teilnehmerzahl, nämlich 2100, zählte der auf Veranlassung der Dessauer Regierung vom dortigen Ortsausschuß für Jugendpflege veranstaltete Kursus. Auf diesem waren auch eine Anzahl Sozialsekretäre und sonstige Förderer der gelben Jugendbewegung vertreten, die energisch für ihre Organisationen eintreten. Von einigen auf dem Kursus anwesenden Freunden der christlichen Gewerkschaften wurden deren Ausführungen jedoch auf ihren wahren Wert zurückgeführt und entschieden zurückgewiesen. Trotzdem ist nicht zu verkennen, daß die behördliche Jugendpflege offensichtlich mit den Gelben liebäugelt und daß diese konsequent darauf bedacht sind, sich noch größeren Einfluß zu verschaffen. In verschiedenen Städten ist es anderen Kollegen gelungen, eine Vertretung des christlichen Gewerkschaftskartells in den Ortsausschüssen zu erlangen. Wo es noch nicht versucht worden ist, wäre es angebracht, das nachzuholen, damit die Resolutionen der Gelben nicht rechtzeitig angebracht werden können. Das Allerbeste ist jedoch auf alle Fälle, wenn durch Hansagitation die jugendlichen Metallarbeiter in immer größerer Zahl unseren christlichen Metallarbeiterverbände zugeführt werden.

### Die Deutsche Lebensversicherung

hatte sich ursprünglich mit der Absicht getragen, neben ihren Tarifen mit 15 jähriger und längerer Versicherungsdauer auch Tarife für kürzere Versicherungszeiten einzuführen, um vor allem denen, die eine Kinderversicherung eingehen wollen, Gelegenheit zu geben, für ihre Kinder zum Tage der Schulenkassierung und des Beginns der Ehezeit einen bestimmten Betrag sicherzustellen. Diese Absicht mußte die Gesellschaft seinerzeit aufgeben, weil das Kaiserliche Aufsichtsamt für Privatversicherung sich abweisend verhielt, und die Lösung

zum Geschäftsbetriebe nicht länger hinausgezögert werden durfte. Das Aufsichtsamt ließ sich dabei von der Auffassung leiten, daß Versicherungen auf weniger als 15 Jahre für die Versicherten unvorteilhaft seien und daher nur noch bei Nachweis eines dringenden Bedürfnisses genehmigt werden könnten. Um den Versicherten entgegenzukommen, erklärte sich die Gesellschaft bereit, zu gegebener Zeit Darlehen auf die Versicherungen zu gewähren. Die Höhe solcher Darlehen bemisst sich nach der bedingungsmäßigen Vergütung. Eine Rückzahlung der Darlehen erfolgt nicht. Bei Ablauf der eigentlichen Versicherungsdauer wird vielmehr die Versicherungssumme mit den durch Zins und Zinseszins vermehrten Gewinnanteilen um den vorausgezählten Betrag gekürzt. Die Gesellschaft dürfte damit einen zweckmäßigen und vorteilhaften Weg gefunden haben, um den Wünschen der Eltern, bereits bei der Schulentlassung des versicherten Kindes einen bestimmten Betrag zur Verfügung zu haben, gerecht zu werden. Gleichwohl hat sie ihre Absicht, auch Versicherungen mit kürzerer als 15jähriger Dauer einzuführen, nicht fallen lassen. Sie hat vielmehr die von der Aufsichtsbehörde geäußerten Bedenken zu beheben versucht und kürzlich erneut die Genehmigung zum Abschluß von Kinderversicherungen mit 13- und 14jähriger Dauer beantragt.

### Volles Krankengeld für die Hausgewerbetreibenden

Die Höhe der Krankengelder der Hausgewerbetreibenden richtet sich nach der Höhe der gutgeschriebenen Auftragsbezugsschüsse. Diese sind z. B. noch nicht eingelaufen; bei manchen Kassen, z. B. in Groß-Berlin, werden sie voraussichtlich auch in nächster Zeit noch nicht einlaufen, weil hier ein grundsätzlicher Rechtsstreit zwischen Krankenkassen, Obergewerkschaften und Zwischenmeisteren ausgebrochen ist, dessen Austragung vor den oberen Instanzen wahrscheinlich noch einige Zeit brauchen wird.

Nun stellen sich eine Anzahl von Kassen auf den Standpunkt, daß sie, solange noch keine Auftragsbezugsschüsse eingelaufen sind, auch das Krankengeld nicht berechnen könnten. Einige Kassen zahlen dementsprechend zunächst überhaupt kein Krankengeld, andere einen festen Satz, das halbe Krankengeld, wie die Berliner Ortskrankenkasse. Dieses Verfahren widerspricht aber der Verordnung des Bundesrats vom 20. 12. 13, wo es heißt: „Solange und soweit eine für die Versicherung des hausgewerblichen Versicherungspflichtigen gesetzlich zuständige Kasse in ihrer Satzung noch keine Bestimmungen über die hausgewerbliche Krankenversicherung getroffen hat, erhebt sie für die hausgewerblichen Versicherungspflichtigen an Beiträgen zwei vom Hundert des Ortslohns; sie gewährt dann die Regelleistungen, wobei als Grundlohn der Ortslohn dient. Dies gilt nicht für die Fälle des § 488 der Reichsversicherungsordnung und des Artikels 29 des Einführungsgesetzes zur Reichsversicherungsordnung“. Es sei hier bemerkt, daß § 488 sich auf die Gemeinden bezieht, die die alten Satzungen beibehalten haben und für die naturgemäß die neuen Bestimmungen keine Bedeutung haben.

Aufgabe der organisierten Arbeiter ist es, in jedem Fall, in dem in rechtsmüdriger Weise den Hausgewerbetreibenden der Genus des vollen Krankengeldes entzogen ist, bei den Kassen und Begünstigten auf die obige Bundesratsbestimmung vorstellig zu werden. Sollte die Reklamation bei der Kasse keinen Erfolg haben, so steht den benachteiligten Hausgewerbetreibenden Beschwerde beim Versicherungsamt zu.

### Der Gutenberg-Bund im Jahre 1913

Die christliche Buchdruckerorganisation kann auch für das letzte Jahr einen Fortschritt berichten. Die Zahl der Mitglieder stieg von 3296 auf 3440, also um 144. 90 Mitglieder des sozialdemokratischen Buchdruckerverbandes traten im Berichtsjahre zum Gutenberg-Bund über. Neue Ortsvereine wurden gegründet in Hamm i. W., Frankenstein i. Schl., Mosbach (Nordbaden) und Gelsenkirchen. In einer weiteren Anzahl von Orten konnte neues Gebiet errungen werden. Der Anfang des Jahres 1914 ist vielversprechend. Allein in den ersten vier Monaten wurden 80 Mitglieder gewonnen, darunter 50 Uebertritte.

Die Gesamteinnahme betrug 176 513,03 Mark gegen 152 685,14 Mark im Jahre 1912. Für Unterstützungen wurden aufgewendet: Krankengeld 26 047,50 M., Sterbegeld 3590 M., Arbeitslosen- und Reisenerstützung 21 745 M., Invaliden-Unterstützung 14 117 M., Umzug-Unterstützung 1254,65 M., Ausbildungszwecke und Bibliothek 19 123,63 M., Notlagen-Unterstützung 725 M., Rechtschutz 1505,65 M. Die Gesamtausgaben betragen 145 942,36 M. (107 842,02 M.). Die Ausgaben sind um 38 000 Mark höher wie im Vorjahre. Log der erhöhten Ausgaben wurde ein Ueberschuß von 30 570,61 M. erzielt. Hierzu kommt die Ueberführung der Vermögens der Berliner Witwen- und Frauenvereine im Betrage von 108 714,26 M. Michin vermehrt sich das Vermögen der Hauptkassette von 493 892,04 M. im Jahre 1912 auf 633 276,97 M. im Jahre 1913. Dazu kommen noch ansehnliche Bestände in den Kassen der Ortsvereine. Alles in allem können die christlichen Buchdrucker auf das Ergebnis des Jahres 1913 mit Befriedigung zurückblicken.

### Christliche Arbeiter und gelbe Betrievereine

Im Hirsch-Dunker'schen Zentralorgan „Der Gewerksverein“ Nr. 34 (1914) und im Regulator (Nr. 17/1914) wird unter Düsseldorf berichtet, bei den dortigen Wahlen zum Versicherungsamt sei das eigenartige Schauspiel zu beobachten, daß „Christliche und Gelbe Arm in Arm“ gingen. Diese Behauptung ist unwahr. Die Wahlleitung der christlichen Arbeiter in Düsseldorf hat sich mit dem Direktor Stahl, dem Vorsitzenden des Verbandes der Düsseldorfer Betriebskrankenkassen, in Verbindung gesetzt um zu verhindern, daß auf nichtsozialdemokratischer Seite mehrere Vorzugslisten eingereicht würden. Es wurde dann auch eine Verständigung erzielt, wonach die christlichen Arbeiter auf ihre Vorschlagslisten einige vom Verband der Betriebskrankenkassen vorgelegene Namen übernahmen. Das Gelbe ist dabei gar keine Rede gewesen. Die christlichen Gewerkschaften haben es bisher mit aller Entschiedenheit abgelehnt, mit den Gelben überhaupt an einem Tisch zu sitzen und werden dies auch in Zukunft tun. Die wahrheitswidrige Meldung des Hirsch-Dunker'schen Organs ist nur darauf berechnet, die christlichen Gewerkschaften öffentlich zu verächtlichen.

### Wie „Sich Berlin“ die Deffektivität einleitet

Im Berliner Fachabteilungsorgan herrscht heillose Verwirrung. Wie wir in Nr. 18 berichteten, sind eine sehr große Anzahl sozialistischer Betriebsräte und andere Geistliche dem Berliner Betriebsrat sehr energisch zu Leibe gerückt. Inzwischen

ist die Zahl der Geistlichen, welche die bekannte Erklärung gegen die Berliner Zeitung öffentlich unterzeichneten fast auf 700 angewachsen. Man kann sich denken, daß dieses bei den Berlinern sehr gemischte Gefühl auslöste. Jedenfalls um weitere Unterschriften unter die Erklärung zu verhindern schickte man, wie die „Neisser Ztg.“ berichtet, zahlreichen ober-schlesischen Vereinspräsidenten folgendes Schreiben:

„Im Namen und Auftrag des hochwürdigsten Herrn Kapitularkaisers von Breslau teile ich Ew. Hochwürden mit, daß er mit aller Entschiedenheit verlangt, daß die katholischen Arbeitervereine der Diözese Breslau genau nach den Intentionen und den ausdrücklichen Weisungen des verewigten Kardinals Ropp nach wie vor in Verbindung mit dem Berliner Verbands geleitet werden müssen.“

Die „Neisser Zeitung“ hat darauf vom Kapitularkaiser der Diözese Breslau folgende Richtigstellung erhalten: „Zu der Mitteilung der „Neisser Zeitung“ Dienstag, 28. April 1914, Seite 2 bemerke ich, daß ich nie eine solche Verfügung erlassen habe. Breslau, 28. April. R. Lofse, Kapitularkaiser.“

Man kann sich denken, daß diese Richtigstellung im Berliner Lager nicht, wie ein Reif in der Frühlingsnacht. Im „Berliner Arbeiter“ Nr. 19/1914 wird nun mitgeteilt, daß dieses Schriftstück „verheerend“ die Bezeichnung „im Namen und Auftrag des hochwürdigsten Kapitularkaisers“ erhalten habe. Ist das nicht höchst merkwürdig.

Aber der Merkwürdigkeiten gibt es noch mehrere, man beachte:

In einer umfangreichen Arbeit hat das Kaiserlich-Statistische Amt der Deffektivität eine Uebersicht unterbreitet über die Verbände der Arbeitgeber, Angestellten und Arbeiter im Jahre 1912. Dazu hat der Verband der katholischen Arbeitervereine (Sich Berlin) sehr seltsame Angaben gemacht. Die katholischen Fachabteilungen können es trotz aller Uglattion zu keinerlei Bedeutung bringen; in zwölfjähriger Arbeit haben sie es auf höchstens 8000 Mitglieder gebracht. Jetzt hat der Berliner Arbeitervereinsverband, um sich in der Deffektivität größere Bedeutung zu verschaffen, folgenden merkwürdigen Weg gewählt: er zergliedert seine Mitglieder nach Berufen und gibt diese als gewerkschaftlich organisiert an. So erscheinen in der amtlichen Statistik, 25 687 Transportarbeiter, 24 367 Landarbeiter, 16 482 Bergarbeiter, 19 268 Metallarbeiter, 10 287 Bauarbeiter. In der gewerkschaftlichen Frauengruppe paradiert der Berliner Verband sogar mit 30 000 Mitgliedern.

Mit gewerkschaftlichen Organisationen haben diese Ziffern absolut nichts zu tun. Der Berliner Arbeitervereinsverband kann bei amtlichen gewerkschaftlichen Statistiken nicht anders behandelt werden als der Kartellverband der katholischen Arbeitervereine mit seinen 340 000 Mitgliedern. Hier wie dort handelt es sich nicht um gewerkschaftlich organisierte Arbeiter.

In seiner Nr. 13/1914 beschäftigt sich der „Berliner Arbeiter“ mit einem Artikel aus dem „Evangelischen Arbeiterboten“. Um in bekannter Weise gegen die christlichen Gewerkschaften konfuzieren zu können beging der Arbeiter eine Fälschung. Kollege Stegerwald schickte dem Blatt unterm 28. März eine preßgeselbstliche Berichtigung:

„Sich Berlin wird hoffentlich das — „Versehen“ bedauern, schrieb die Westdeutsche Arbeiterzeitung im Anschluß an die Berichtigung. Doch dazu konnte sich der „Arbeiter“ nicht aufschwingen. Das Blatt schrieb: „Herr Stegerwald hatte die Liebesswürdigkeit uns auf unser Versehen aufmerksam zu machen.“

Also wo man hinschaut „Versehen“, das ist äußerst merkwürdig. Aus allen Fugen des Berliner Gebäudes merkt man, daß ihm die starke Hand des verstorbenen Kardinals Ropp fehlt.

### Sozialdemokratische Arbeiterfreundlichkeit

Die syndikalistische Einigkeit kennzeichnet an einem Fall aus der Praxis die rote Arbeiterfreundlichkeit in einer so eindeutigen Weise, die bei den Gezeichneten sicherlich keine angenehmen Gefühle ausgelöst haben wird. Die Einigkeit schreibt in Nr. 19, 1914 unter dem Stichwort:

„Wie es gemacht wird. Wird da vom „Vorwärts“ ein Neubau in der Lindenstraße (Berlin) ausgeführt, die Rohrbecken hierzu soll die Firma Holtzhaus, Halensee, ausführen; freilich nicht direkt, sondern so hinterherum, unter Vorchieben einer Zwischenperson. Hierzu wäre ja im großen und ganzen nichts zu sagen, denn derartige Schiebungen sind bei den Unternehmern üblich. Aber wie ist es denn? Nach den Gepflogenheiten der (soz.) Partei und deren Organe sollen derartige Bauarbeiten doch nur an solche Unternehmer vergeben werden, welche organisierte Arbeiter beschäftigen und den ortsüblichen (tariflichen) Lohn zahlen. Hiervon ist bei genannter Firma am allerwenigsten die Rede, denn selbst in der sogenannten guten Konjunktur war der Herr so freundlich, die Arbeiter mit Abzügen zu erfreuen. Außerdem sind dort die Mehrzahl der Rohrer nicht organisiert. Diese sind für den Herrn die geeignetsten Arbeiter. Auch ist der Herr der Hauptgeschäftsmacher im Gewerbe. Sollte denn dieses alles, was doch ein offenes Geheimnis ist, der Bauleitung resp. Verwaltung unbekannt sein? Hier wird sich die „Vorwärts“-Verwaltung wohl hinter der Ausrufe verbergen: Wir haben nicht an Holtzhaus vergeben, sondern an einen andern. Ja, ist es denn auch nicht bekannt — oder will man das nicht wissen —, daß dieser „jemand anders“ bei der Firma in Lohn und Brot steht? ... Der Uebernehmende ist der „Parteiorganisator“, der eigentliche Ausführer ist die Firma Holtzhaus. Aber wie werden nun bei diesen Arbeiten die Rohrer bezahlt? Etwa nach dem Tarif? Ach bewahre, sie haben ja keinen. Es gibt hier höchstens 14 Pfg. pro Quadratmeter oder 4-5 M. Tagesverdienst, gegen 7-8 M. früher. So weit ist der frühere Tariflohn heruntergedrückt worden. Bei einem derartigen Lohnsatz kann keiner auskömmlich leben, noch dazu, wenn er eine größere Familie hat. Wie steht man aber im „Vorwärts“ immer so schön zu lesen: „Arbeiter organisiert euch!“ oder „durch die Organisation können die Arbeiter ihre Lebenslage verbessern“ u. a. m. Sa, Theorie und Praxis, hier sieht man's. Wenn die Herrschaften selbst Arbeiten zu vergeben haben, ja, denn fragen dieselben den Teufel darnach, ob der Unternehmer organisierte Arbeiter beschäftigt oder nicht oder ob derselbe den ortsüblichen Lohn zahlt. Wenn nur die Arbeiten billig hergestellt werden. Geld stinkt nicht.“

Im Anschluß daran stellt der Verfasser des Artikels, W. Lade, einige Fragen an die Vorwärtsverwaltung, deren Beantwortung er wünscht. Wir möchten dazu bemerken, daß uns nicht bekannt geworden ist, „ob die beteiligte rote Gewerkschaft wegen dieses skandalösen Zustandes mit der sozialdemokratischen Partei „aufgemuckt“ hat. In ihrer letzten Nr. behauptet nämlich die Metallarbeiterzeitung: „Tatsache ist, daß die (soz.) Gewerkschaften aufzumucken mögen, wenn ihnen von der sozialdemokratischen Partei oder sozialdemokratischen Blättern nicht ih

Recht wird." Also hier wäre Gelegenheit. Vielleicht orientiert das Blatt des roten Metallarbeiterverbandes seine Leser darüber, was bei dem Aufmucken herausgekommen ist. Wir werden abwarten.

Hirsch-Duncker'sche Neutralität

Ueber eine Versammlung des Landesverbandes der Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften in Sachsen wird der „Frankfurter Zeitung“ (Nr. 103 vom 14. April 1914) aus Dresden u. a. folgendes berichtet: „Der Parteisekretär der Fortschrittlichen Volkspartei in Sachsen Ehrlich (Leipzig) hielt nach der Erstattung des Jahresberichts einen Vortrag über die Sozialpolitik im sächsischen Landtag und zeigte dabei die Berechtigung der Forderungen der Fortschrittlichen Volkspartei.“

Hirsch-Duncker'sche Gewerkschaften wurden hier also ganz offen zur Propaganda für die Fortschrittliche Volkspartei benutzt. Vorgänge, die allerdings nicht neu sind, da ähnliche schon häufig bekannt geworden. Dennoch versuchen die H.-D. Organe und Führer der Öffentlichkeit immer wieder vorzumachen, daß die H.-D. Gewerkschaften die einzig und wirklich neutralen Berufsorganisationen seien!

Streiks und Lohnbewegungen

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluß ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzusenden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugang fort.

- Breslau. Auf der Waggonfabrik Linke-Hoffmann stehen die Arbeiter im Streik.
Dortmund. Die Drahtzieher des Eisen- und Stahlwerks Hösch stehen in Kündigung.
Freiburg i. Br. Die Blechner stehen im Streik.
Halle. Bei der Firma Ackermann stehen die Former wegen Akkordabzügen im Streik.
Köln. Die Bauklempner stehen im Streik.
Krefeld. Bei sämtlichen Firmen der Vereinigung Krefelder Elektro-Installationsfirmen stehen die Monteure und Hilfsmonteure wegen Tarifbruch der Arbeitgeber in Streik.
Lobberich bei Krefeld. Bei der landwirtschaftlichen Maschinenfabrik Kilm. Schieb, stehen die Arbeiter wegen Verletzung des Koalitionsrechts im Kampf.
München. Die Arbeiter der Karosserie- und Luxuswagenfabriken stehen im Streik.
Sofingen. Die Maschinenarbeiter sind ausgesperrt.
Schwelm. Die Arbeiter der Firma Gerdes u. Co. stehen im Streik.
Wiesbaden. Die Arbeiter der Firma Anton Hamm stehen im Streik.

Zugang ist fernzuhalten.

Altenmelle. Der Streik bei der Firma Schomäcker u. Co. ist mit Erfolg beendet.

Alme. Die Bewegung auf der Gräflich von Spee'schen Fabrik ist nach achttägigem Streik mit Erfolg beendet. Als alle Verhandlungen fruchtlos verliefen, wurde die Arbeitsniederlegung einstimmig beschloffen. Am letzten Tag der Kündigung machte die Firma ein Angebot, das aber als unzureichend Ablehnung fand. Nachdem der Betrieb eine Woche vollständig geruht, gelang es unter Mitwirkung der Hauptverwaltung eine Einigung herbeizuführen. Die Arbeit wurde am Montag, den 11. Mai, geschlossen wieder aufgenommen.

Die Löhne der hiesigen Arbeiter haben durch diese Bewegung eine wesentliche Steigerung erfahren. Sache der Kollegen ist es jetzt, das Erzeugene zu halten und weiter auszubauen. Dazu ist notwendig, daß sie, wie in der Vergangenheit, auch in Zukunft treu und geschlossen zusammenstehen.

Wenn in der letzten Verhandlung von der Direktion die Ansicht vertreten wurde, als schürten einige Leute die Unzufriedenheit, so können wir dieser Ansicht beipflichten. Allerdings sind diese Friedensstörer nicht, wie die Direktion meint, bei den Arbeitern zu suchen. Nicht infolge der angebotenen Verbeugung haben sie den äußersten Schritt getan. Sie hätten dann auch wohl schwerlich die Sympathie der ganzen hiesigen Einwohnerschaft gehabt, wie das jetzt der Fall war. Wer hören und sehen will, der weiß, daß neben den niedrigen Löhnen hauptsächlich das Verhalten der unteren Vorgesetzten die Arbeitsniederlegung mit herbeigeführt hat. Besonders die beiden Werkführer tragen ein gerüttelt Maß von Schuld. Hoffentlich halten sie Einkehr.

Die Arbeiter werden ehrlich bestrebt sein, den mit der Firma geschlossenen Frieden zu wahren. Möge dies aber auch von der anderen Seite beachtet und alles ferngehalten werden, was den Frieden stören könnte.

Bülteborf. Der Streik der Wagenbauer ist nach neun-tägiger Dauer beendet. Es wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen, der für die Kollegen erhebliche Verbesserungen bringt. Vor dem Streik glaubten die Meister gar nicht, daß die Kollegen für ihre Forderungen ernsthaft eintreten würden, der Verlauf des Kampfes aber erbrachte den Beweis, daß die Wagenbauer geschlossen hinter den Forderungen standen. Ausführlicher Bericht folgt.

Kattingen. Der Streik bei der Reißfabrik Dürr in Kattingen ist mit vollem Erfolg für die Kollegen beendet worden. Die Abzüge sind rückgängig gemacht. Die Arbeit wurde wieder aufgenommen.

Auf der Deutschen Lastautomobilfabrik in Kattingen sind die schwebenden Differenzen durch die Vermittlung des Herrn Bürgermeisters Senzen von Kattingen beigelegt worden. Der Streik ist beendet. Die Vorkassezahlung der Ueberstunden tritt am 15. Juni in Kraft.

Bekanntmachungen des Vorstandes

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 17. Mai der stundzwanzigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 17. bis 23. Mai fällig.

Aus dem Verbandsgebiet

Berlin. Am 3. Mai fand in Berlin zum ersten Mal eine öffentliche Agitationsversammlung zur Gewinnung der hiesigen Arbeiterjugend für unsere christlichen Gewerkschaften statt. Hierzu war an den 29 Berliner Fortbildungsschulen, die von etwa 64 000 männlichen und 12 000 weiblichen Schülern besucht werden, das Flugblatt: „Arbeiterjugend wohin des Weges“ in 30 000 Exemplaren verteilt worden. Auch der Berliner Kreisverband der evangel. Junglingsvereine hatte sich in dankenswerter Weise für die Agitation zu dieser Versammlung bewandt. Die Kosten dieser Aktion hatte das Berliner Kartell der christlichen Gewerkschaften übernommen. Der Besuch war trotz des schönen Frühlingstages und der vielen anderen Veranstaltungen zufriedenstellend. Innerhalb dürfte erwartet werden, daß unsere jugendliche Kollegen restlos bei einer solchen Gelegenheit zur Stelle sind. Die Versammlungsleitung lag in Händen eines Kollegen unserer Jugendabteilung. Als Referenten waren Gewerkschaftssekretär Nibel vom Malerverband und Herr Pastor Ungrad erschienen. Ersterer behandelte die Notwendigkeit und Gesichtspunkte der christlichen Gewerkschaften; der zweite Redner behandelte die ideale Seite der Arbeit und der christlichen Organisationen. Auch Anhänger der sozialdemokratischen Jugendbewegung, ebenfalls „Sich Berliner“ sprachen in der Diskussion. Beide suchten für ihre Sache Propaganda zu machen, kamen indes nicht auf ihre Kosten. Eine Anzahl Renaufnahmen war der Erfolg der Versammlung. Den Sozialisten scheint unsere Agitation unbehaglich zu sein. Im „Vorwärts“ vom 4. Mai wird unter dem Titel: „Die christlichen auf dem Jugendtag“, unsere Versammlung erwähnt und bemerkt: „Die christlichen Gewerkschaften wittern Morgenluft.“

Mag der „Vorwärts“ schreiben was er will, wir werden unsere Agitationsarbeit unbeirrt von Rechts von Links fortsetzen, zum besten der Arbeiterschaft und unserer Jugend. An die wackeren Kollegen unserer Berliner Jugendabteilung richten wir den Ruf: Werbet alle eifrig neue Mitglieder, damit unsere Zahl möglichst groß wird.

Essen a. Ruhr. (Die Gelben in der Schlinge.) Der „Werkverein“, das Blatt der Krupp'schen Gelben, hat nicht nur die Aufgabe, auf die verpönten Streikergewerkschaften loszudreschen — das werden auf die Dauer sogar die Quittengelben leid, diemeil sie sich dafür nichts kaufen können — sondern er muß auch seiner murrenden Gemeinde vorrechnen, wie gut sie es hat. Bei diesen krampfhaften Konstruktionen hat sich der „Werkverein“ in der eigenen Schlinge gefangen. Und das kam so: in seiner Nr. 18/1914 bringt das Blatt einen von Albrecht Schapp gezeichneten Artikel betitelt: „Arbeiter, Unternehmer und Allgemeinheit“. Darin heißt es in der Einleitung: „Jeder wird es als gut und wünschenswert ansehen, daß die Arbeiter durch ihre Organisation ihre soziale Lage mit allen gesetzlich und sittlich erlaubten Mitteln zu heben trachten. Denn der Arbeiterstand hat ein Recht auf die Vorteile und Annehmlichkeiten der beständig sich verbessernden Kultur eines wirtschaftlich leistungsfähigen Volkes.“

Dem kann man nicht nur durchaus zustimmen, sondern man muß erwarten — wenn dieser Standpunkt nicht nur eitel Klappschere sein soll — daß gegebenenfalls auch die Konsequenz aus diesem Standpunkt gezogen wird. Und die kann doch nur die Arbeitseinstellung sein, sie ist ein gesetzlich und sittlich erlaubtes Mittel, wenn der Arbeiter an der Hebung seiner wirtschaftlichen und sozialen Lage gehindert wird. Diese Schlussfolgerung zieht der gelbe Artikelschreiber allerdings nicht, statt dessen drückt er los auf die Streikergewerkschaften, und verherbt das Unternehmertum mit dem Hinweis darauf, daß der Lohn der Bergarbeiter seit 1896 um 100 Prozent gestiegen sei. Die Lohnsteigerungen seien nicht auf das Konto der Streikergewerkschaften zu buchen, sondern der Einsicht der Unternehmer und der Qualitätsarbeit der Arbeiter zu danken. Auf folgende Weise wird dieses den Gelben plausibel zu machen versucht:

„Die leistungsfähige Unternehmung, die finanziell kräftig dasteht, die moderne Maschinen hat, organisatorisch auf der Höhe ist, die von der Wissenschaft gut beraten wird und intelligente, zuverlässige und fleißige Arbeiter und Angestellte hat, ist konkurrenzfähig, erhält Qualitätsarbeit in Auftrag und rentiert sich. In solchen Unternehmungen — und ihre Zahl wird in Deutschland immer größer — finden wir durchweg die besten Arbeitsverhältnisse und Löhne vor. Die Regelung der Gehälter und Löhne hängt eben nur zum kleinen Teil von dem Willen des Unternehmers ab; die Entwicklung der einzelnen Wirtschaftsaarbeit und der gewerblichen und industriellen Tätigkeit eines Volkes überhaupt bestimmt sie. Man kann mit vollem Recht sagen, daß der Arbeiter auch heute in der Hauptsache selbst seines Glückes Schmied ist. In den Bureaus und Werkstätten wachsen die Werte; Arbeitsleistung und Arbeitsausführung müssen zusammenhalten und für Mehrung des Gewinnes der Unternehmung streben. Und dann auch die Arbeiter nicht zu kurz kommen, liegt, wie gesagt, durchaus im Interesse der Unternehmung selbst.“

Der langen Rede kurzer Sinn ist also: Der Arbeitslohn steigt im gleichen Maße wie der Unternehmerrgewinn. Krupp'sche Arbeiter schüttelten ob dieser Weisheit ganz erstaunt den Kopf und sagten, das ist nicht wahr, wenigstens bei Krupp nicht wahr. Es ist doch eine unumstößliche Tatsache, daß bei der Firma Krupp in Essen gestiegen ist, in den letzten vier Jahren:

- Der Reingewinn des Werkes um . . . . . 97 Proz.
die Dividende des Aktionärs um . . . . . 50 Proz.
der Durchschnittslohn der Arbeiter um . . . . . 4,2 Proz.

Da nun nach dem „Werkverein“ der Lohn der Arbeiter im gleichen Maße steigen muß wie der Unternehmerrgewinn, die Arbeiter aber mit allen gesetzlich und sittlich erlaubten Mitteln nach demselben „Werkverein“ ihre wirtschaftliche und soziale Lage zu verbessern trachten müssen, fragen wir: Was sollen nun die Krupp'schen Arbeiter angesichts der tatsächlichen Lage der Dinge tun? Die Antwort kann doch nur die sein: Weil der Unternehmerrgewinn um das 25 fache des Arbeitslohnes gestiegen ist, die Firma aber keine Anstalt macht, freiwillig den Arbeitern ihren Anteil zu geben, müssen diese ihr Ziel durch die gesetzlich und sittlich erlaubte Arbeitseinstellung zu erzwingen suchen.

Aus dieser Sachlage geht hervor, daß die „christlichen Makler“ in ihrer krampfhaften Sucht, die Streikergewerkschaften heranzureifen, sich in der eigenen Schlinge gefangen haben und die Preis der Streikergewerkschaften glänzend rechtfertigen.

Diese Dinge sollten sich alle aufrechten und standesbewußten Arbeiter merken und sie den Gelben gründlich unter die Nase reiben. Dann wird ihnen dämmern, daß die Selbstsucht nur den Zweck hat, aus dem Leder der Arbeiter Riemen zu schneiden für den Unternehmer.

Gelsenkirchen. Die Meinung, daß bei den großen Werken durchweg einigermaßen befriedigende Verhältnisse bestehen, ist weit verbreitet. Sehr oft ist dies jedoch nicht der Fall. Von der Gelsenkirchener Berg- und Hütten-Gesellschaft, Abteilung Gießerei Hüllen, kann man es auch nicht behaupten, besonders nicht von der Fassonggießerei III, in der Obermeister Zins mit seinem getreuen Meister Compernaß das Szepter schwingt. Nicht bloß, daß diese Herren neue Akkordmethoden einführen, bei denen von einer Vereinbarung, von einer Verständigung zwischen Meister und Arbeiter nicht mehr die Rede sein kann, sie schrecken auch nicht davor zurück, Leute kündigungsslos zu entlassen, ohne einen stichhaltigen Grund dafür zu haben. Daß sie dabei versuchen, ohne einen angemessenen Lohn für sechs Schichten einzubehalten, versteht sich am Rande. So war es auch bei einem unserer Kollegen, dem Former H. Derselbe sollte eine Arbeit machen, an der zu dem angelegten Preise ein annehmbarer Lohn nicht zu verdienen war. Kurz vorher hatte ein anderer Former dieselbe Arbeit für den Preis gemacht, dabei aber nur 45 Pfennig pro Stunde erzielt. Mit Recht lehnte H. die Arbeit zu dem gebotenen Preise ab. Nun wurde er, obwohl er schon gekündigt hatte, sofort entlassen und ihm der Lohn für sechs Schichten einbehalten. Bei der Verhandlung am Gewerbegericht mußte sich der Vertreter der Firma über Akkordvereinbarung und Kontraktbruch belehren lassen von dem Gewerbegerichtsnordpräsidenten. Es wäre gut gewesen, wenn Herr Obermeister Zins rechtzeitig zu der Verhandlung gekommen wäre. Er hätte jedenfalls Nutzen schöpfen können aus diesen Belehrungen. Die sechs Schichten mußten ausbezahlt werden.

Wenn die Arbeiter der Gießerei Hüllen restlos organisiert wären, dann könnte eine solche Behandlung nicht möglich sein. Darum sollten alle Kollegen für weitest Ausbreitung des Verbandes sorgen, dann werden auch bei der Gelsenkirchener Bergwerks- und Hütten-Ges. bessere Verhältnisse Platz greifen.

Stettin. Die Folgen der verkrafteten Werftarbeiterbewegung machen sich in Form allgemeiner Interessenlosigkeit geltend. Um sich vor Eventualitäten wie Krankheit und Arbeitslosigkeit zu schützen, erfolgt die Zahlung der Beiträge noch ziemlich gut. Das Versammlungsweesen ist indes sehr matt. So begreiflich die eingetretene Entmutigung infolge der Niederzwingung der Werftarbeiter durch den sozialdemokratischen Metallarbeiterverband auch sein mag, so dürfen doch unsere Kollegen sich von dieser Gleichgültigkeit nicht anstecken lassen. Im Gegenteil; sie müssen jetzt erst recht auf dem Posten sein und für die Stärkung des Verbandes sorgen, wie dies von einigen Kollegen mit Erfolg geschieht. Regere Anteilnahme am Versammlungsleben ist auch schon deshalb von Nöten, weil gegen die kolossale Wohnungsnot in Stettin Stellung genommen werden muß. Es stehen nach der Statistik in Stettin nur 0,5 vom Hundert Wohnungen leer. Preiswerte Arbeiterwohnungen sind fast nicht mehr vorhanden. Um der Wohnungsnot entgegen zu wirken, hat die Stadt die alte Infanteriebarriere „In der grünen Schanze“ zu Mietwohnungen herzurichten lassen. Auch in Bredow griff die Behörde zu ähnlichen Notmitteln. Diese Wohnungsnot hat ein starkes Anschwellen der Mietpreise zur Folge gehabt. Wohnungen, bestehend aus einer Stube, Kammer und Küche, die 1905 198 Mark Miete kosteten, stiegen auf 228 Mark im Jahre 1912. Die Steigerung beträgt 15 vom Hundert. Für Wohnungen, bestehend aus zwei Stuben, Kammer und Küche, stieg der Mietpreis von 246 Mark auf 312 Mark, gleich 26 vom Hundert in der gleichen Zeit. Die Ausgaben stammen von Calwer.

In Anbetracht dieser Tatsachen wurde man sich in der letzten Mitgliederversammlung dahin einig, in der nächsten Versammlung über diese Frage ein eingehendes Referat zu halten. Es wird erwartet, daß alle Kollegen in dieser Versammlung erscheinen und ihre Frauen sowie auch unorganisierte Kollegen zu derselben mitbringen. Kollegen, agitiert also für diese Versammlung.

Soziales Soziale Wahlen

An einigen Orten haben noch verpödete Ausschüßwahlen zu den Ortskrankenkassen stattgefunden. In Erding (Oberbayern) wurden von den Versicherten der allgemeinen Ortskrankenkasse 28 christlich-nationale und 4 gegnerische Ausschüßmitglieder gewählt. Bei der Wahl zur Ortskrankenkasse Pfaffenhofen wurden für die Liste der christlich-nationalen Arbeiter 242 Stimmen und für die sozialdemokratische Liste 193 Stimmen abgegeben.

Inzwischen haben die Vertreterwahlen zu den Versicherungsämtern allgemein begonnen. Für das Versicherungsamt Straubing (Niederbayern) wurden 4 Beisitzer der christlich-nationalen Arbeiterschaft und 2 Beisitzer der Gegenliste gewählt. Zum Versicherungsamt der Amtshauptmannschaft Zittau (Sachsen) stellen die Sozialdemokraten 4 Vertreter und die christlich-nationalen Organisationen 2 Vertreter. Mit dem gleichen Resultat endeten die Vertreterwahlen für das Versicherungsamt Stadt Herzford, wo die Sozialdemokraten 4 Vertreter und Christlich-nationalen 2 Vertreter stellen. Für das Versicherungsamt des Kreises Herzford stellen die Christlich-nationalen und Sozialdemokraten gleich viel, nämlich je 3 Vertreter.

Bei der Wahl zum Versicherungsamt Dortmund waren 3 Listen aufgestellt. Eine von den christlichen Organisationen eine von sozialdemokratischer Seite und eine von den vereinigten Betriebskrankenkassen. Das Wahlergebnis brachte für jede der aufgestellten Listen 2 Vertreter.

Sehr günstig haben die christlichen Organisationen bei der Wahl zum Versicherungsamt München-Gladbach (Stadt) abgeschnitten. Sie stellten von den 6 zu wählenden Beisitzern 5, während sich die Sozialdemokraten mit einem begnügen mußten. Für das Versicherungsamt im Kreis München-Gladbach war nur von den christlichen Organisationen eine Vorschlagsliste eingereicht, deren Kandidaten als gewählt erklärt wurden.

Zum Versicherungsamt Kreis Bonn (Land) stellen die christlichen Arbeiter 5, die Sozialdemokraten 1 Vertreter. In Mühlheim a. Rh. (Stadt) wurden 3 christliche und 3 sozialdemokratische Vertreter gewählt; ferner in Crefeld (Landkreis) 5 christliche, 1 sozialdemokratischer Vertreter; Crefeld (Stadt) 3 Christliche und 3 Sozialdemokraten; Rhendt 5 Christliche, 1 Sozialdemokrat; Bieren 6 Christliche; hier war die von sozialdemokratischer Seite eingereichte Vorschlagsliste ungenügend; Schwäbisch-Olmünd 4 Christliche und 2 Sozial-

demokraten; Neustadt a. S. 2 Christlich-nationale und 4 Sozialdemokraten; Bergzabern 3 Christlich-nationale und 3 Sozialdemokraten; Landau (Stadt) 3 Christlich-nationale und 3 Sozialdemokraten.

Bei der Bedeutung der Vertreterwahlen zu den Versicherungsämtern ist es unbedingt erforderlich, daß die Vorstände der christlich-nationalen Organisationen sowie die von christlich-nationaler Seite gewählten Krankenkassenvorstandsmitglieder überall auf dem Posten sind, um sich den entsprechenden Einfluß in den Versicherungsämtern zu sichern.

Arbeiter als Gewerbeaufsichtsgehilfen

Seit längeren Jahren hat die heffische Regierung als Hilfskräfte zu den Gewerbeinspektionen Arbeiter herangezogen, die diese in der Ausübung des Gewerbeaufsichtsdienstes zu unterstützen haben, und sie hat mit dieser Einrichtung gute Erfahrungen gemacht. So liest man wieder im jüngsten Jahresbericht der heffischen Gewerbeinspektion für 1913: „Nach wie vor leisten hierbei die Gehilfen aus dem Arbeiterstande insofern gute Dienste, als sie durch selbständige oder in Gemeinschaft mit den ordentlichen Polizeibeamten vorgenommenen Revisionen zur Durchführung des Kinderschutzgesetzes, der Bauarbeiterschutzhilfsordnung, der Bäckereiverordnungen usw. die Gewerbeinspektionen von der immer umfangreicher werdenden Arbeit entlasten. In Uebereinstimmung mit den dahin gehenden Beschlüssen der Landstände hat daher die heffische Regierung die definitive Anstellung der Gewerbeinspektionsgehilfen nach einer einwandfreien fünfjährigen Verwendungsdienstzeit im Entwurf des Staatsvoranschlags für 1914 in Aussicht genommen.“

Literarisches

Gewichtstabellen und Ueberpreise von Walzeisen, Blech, Eisen- und Bleichrohr, nebst einem Preisverzeichnis von Rohroverbindungsstücken. Von D. Klein, Lehrer an der Gewerblichen Fortbildungsschule. Preis 50 Pfg. Verlag von K. u. B. Schmidt u. Co., Wiesbaden. (Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.)

Bei der Kalkulation eines Arbeitsstückes bilden die Ermittlung des erforderlichen Materials und die Feststellung der Kosten desselben den ersten Punkt. Diese Berechnung muß der Hand-

werker an der Hand von Tabellen und Preisverzeichnissen anstellen. Leider fehlte es bisher an einem zu diesem Zwecke geeigneten Tabellenwerk, das neben dem Gewichte auch die Ueberpreise enthält. Diesem Uebelstande hilft das vorliegende Werkchen ab.

Jeder Handwerker, welcher Flacheseisen, Bandeseisen, Winkel-eisen, Rund-, Quadrat- und Sechseckeseisen, Halbbrundeseisen, H-, T-, Z-, U-Eisen, Fenstereisen, Hespeneisen, Eisendraht, Bleche, Eisenbleche, Zinkblech, Bleirohre, Bleibleche, Weißbleche, Eisenrohre etc. verarbeitet, sollte sich dieses praktische Tabellenwerk anschaffen, der geringe Preis macht sich bald bezahlt und ermöglicht jedem die Anschaffung. Das Werkchen ist „beim Einkauf von Material, bei Kalkulationen etc.“ von unschätzbarem Werte und behütet vor Schaden. Es muß daher in der Hand aller derjenigen sein, die überhaupt mit Eisen zu tun haben. Auch eignet sich das Werkchen vorzüglich zum Gebrauch in Gewerbe- und Fachschulen etc. Es sei hiermit bestens empfohlen.

Die Störungen an elektrischen Maschinen, insbesondere deren Ursachen und Beseitigung von Ludwig Hammel, Zivilingenieur in Frankfurt a. M., zweite vermehrte Auflage. Preis in Leinwand gebunden Mark 2.60. Selbstverlag des Verfassers. Das Buch ist auch durch jede Buchhandlung zu beziehen.

Der Umstand, daß das Hammel'sche Werk innerhalb weniger Monate schon in zweiter Auflage erschienen ist, zeigt die gute Aufnahme, die dasselbe in Fachkreisen gefunden hat. Sodann dürfte dies auch beweisen, daß das Buch den an dasselbe gestellten Erwartungen, nämlich, dem in der Praxis stehenden Maschinenisten, Installateur, Monteur, Werkmeister u. dgl. in möglichster Vollständigkeit und Leichtverständlichkeit, aber auch in möglichster Kürze ein praktischer Ratgeber bei eintretenden Betriebsstörungen an elektrischen Maschinen zu sein, genügt. Aber auch für Besitzer elektrischer Maschinen ist dieses Buch geschrieben und dürfte es daher auch in diesen Kreisen wertvolle Winke bezgl. Behandlung elektrischer Maschinen erteilen. Die zweite Auflage ist erweitert worden und zwar um das Kapitel über Störungen an Umformern und Transformatoren.

Abglanz des Lebens. Gedichte von Heinrich Lerch. Verlag der Westdeutschen Arbeiterzeitung.

Durch den Glanzkreis der Sonne bricht, wie von Himmels-händen gehalten, ein schwerer Hammer von purpurnen Strahlen umhüllt. Sie senken sich nieder, tiefer und tiefer auf die Erde, in den graudunklen Raum einer Schmiede und schenken sich dort als hohe Gaben einem Sonntagskind. Als die Strahlen auf goldenen Stiegen hinabgingen in die erkennende Seele des Dichters, da wurden seine Augen lichtvoll und groß und als um ihn die Hämmer auf zischendes Eisen fuhren, sang und sprach sein Herz markige Worte heiliger Arbeit und süße Lust der Minne. Und was die Seele in erglühenden Stunden ersann, schrieb seine Hand nieder und er gab uns das einfache Buch, ganz ohne Schmuck, das aber trotzdem so lieb ist, wie ein Gemälde von Hans Memling. Einfamen Wegen ist Heinrich Lerch nachgegangen, treuen, lieben, deutschen Wegen, die auch du gerne gehst. Er trat über frühzeitig aus dem Märchenwald der Romantik und sah vor sich und seine Seele ausgebreitet das große Land der Arbeit; da wurde sein Herz wach und seine Arme streckten sich verlangend nach dem neuen, flammenden Reich aus. Er stieg hinab, wo das Leben der neuen Zeit brausend ihn umfing und er trug ein Ziel in sich, das hoch über allem Staube war, dessen eherner Glanz durch das Trübe und Dunkle der Tage leuchten

und führen sollte. Arbeiterdichter! Neue, unbekannte Sehnsucht lebt in seinen Worten vor uns auf, im Jungland steht er und schafft ein eigener Mann eigne Melodien. In Herzensstiefen und im Lebenskreis ein Bruder dem armen, neuwachsenden Volke zu sein, ein Krieger im stolzen Ringen, ein Wächter und Herold der neuen Zeit zu werden. Der Weg ist weit, das Ziel erhaben! Dankbar nehmen wir aus seinen Händen die Erstlingsgabe und hoffen, daß die große, herrliche Blume, nach der das Sehnen unserer Zeit geht einst aus seiner Seele erblühen möge. — Es steht auch ein Vorwort in diesem Gedichtband. Diese sollen in der Regel als Empfehlung dienen oder auch als Biographien. Manchesmal soll so ein Vorwort gut sein. Ost bliebe es besser fort. W. W.

Briefkasten

Bonn 55. Die Invalidentarte muß doch im Besitz des Arbeitgebers sein. Sie können jederzeit Einsicht in dieselbe verlangen. Falls die Karte bei der Krankenkasse liegt, muß auch diese sie Ihnen auf Verlangen zur Einsichtnahme ausshändigen. Mit der Karte begeben Sie sich zum örtlichen Versicherungsamt, dieses wird die Berufsänderung vormerken oder Ihnen die dazu notwendigen Anweisungen geben. Sollten Sie wider Erwarten auf Schwierigkeiten stoßen, dann wenden Sie sich an unsere örtliche Rechtschutzstelle.

Nach Dinklage und an verschiedene andere. Schon wiederholt ist darauf hingewiesen worden, daß die Anweisungen für die Krankenunterstützung erst nach der zweiten Wochenmeldung erfolgen. Vorherige Reklamationen, wie sie von verschiedenen Seiten immer wieder ergehen, sind zwecklos. Eine direkte Anweisung erfolgt nur für Mitglieder der 1. Beitragsklasse, der dreitägigen Karenzzeit wegen, während sonst die 14 tägige Karenzzeit in Betracht kommt. — Wird nur einmal gemeldet, und unterbleibt dann die regelmäßige wöchentliche Weitermeldung, kann auch von der Hauptverwaltung keine Unterstützungsanweisung erfolgen. — Die pünktliche und regelmäßige Meldung aller Erwerbslosen liegt also im Interesse der Unterstützungs-auszahlung.

Nach Fulda. Wir werden Erkundigungen einziehen und eventuell im Verbandsorgan darauf zurückkommen.

S-Ingolstadt. Die Notiz für den Versammlungskalender traf hier ein, als die Zeitung schon gedruckt.

Nach Nürnberg, Würzburg, Schweinfurt, Solingen und andere. Militärunterstützung wird nur ausbezahlt, wenn Militäradresse und Mitgliedsbuch rechtzeitig an die Hauptverwaltung eingefandt ist. Alle Kollegen, deren Adresse oder Buch erst nach Neujahr hier einlief, müssen also bis nächste Weihnachten warten.

Sterbetafel

Mattz. Kollege Emil Wlonsch Schöntaler, Goldarbeiter starb am 2. Mai im Alter von 43 Jahren an Lungenleiden. M-Glabach. Am 5. Mai starb unser langjähriger Kollege Anton Ludwigs im Alter von 38 Jahren an Magengeschwür. Ehre ihrem Andenken!

Versammlungs-Kalender

Kollegen und Kolleginnen!

Versammelt ohne Grund keine Versammlung!

Samstag, den 16. Mai.

- Dielefeld. Abends 8 Uhr bei Dekour, Herforderstr. 84. Frauen mitbringen, Referentin Kollegin Franziska Harder-Düffel-dorf: „Warum interessieren sich heute die Arbeiterinnen und Frauen für die Gewerkschaft.“
Cannstadt. Abends 8,30 Uhr im evang. Vereinshaus.
Dortmund-Selma. Abends 6,30 Uhr bei Bant.
Duisburg-Neudorf. Abends 8,30 Uhr bei Schrörs, Döfstr.
Düffel-dorf-Hilben. Abends 9 Uhr Versammlung im katholischen Sehlenshaus, Kirchhofstraße.
Eisenach. Abends 8,30 Uhr im „Weimariischen Hof“.
Effen. Hof- und Wagen-schmiede. Abends 9 Uhr bei Spahn, Steelerstr. 24.
Freiburg i. B. Abends 1/9 Uhr im Gantterbräu.
Hamburg. Abends 8,30 Uhr bei Löhmann, Klosterkamp 42.
Köln-Symboldkolonie. Abends 8,30 Uhr bei Huth, Nassaustr.
Köln-Schnefeld. Abends 9 Uhr bei Buschwald, Subbelratherstr.
Köln-Stadt. Abends 9 Uhr Sauffloßer, Zur Ratsmühle, Neumar-ket 18.
Köln-Denk. Abends 9 Uhr Zur Krone, Freiheitstr. 19.
Solingen. Abends 9 Uhr bei Borghoff.

Sonntag, den 17. Mai.

- Berlin-Oberhönneweide. Abends 7 Uhr bei Ollig.
Dielefeld-Schäldeke. Vorm. 11,15 Uhr bei Witwe Hof.
Dortmund-Witten. Vormittags 10,30 Uhr bei Widdra, Augusta-sträße.
Dortmund-Dorftefeld. (Jugendabteilung) Vormittags 11 Uhr bei Sturm.
Duisburg-Verwaltungsstelle. Nachm. 5,30 Uhr im Sehlenshaus Ruhrort, Fürst-Bismarckstr. 30. Quartalsgeneralversammlung. Vorher dabei ist Vertrauensmännerkonferenz. Beginn 4 Uhr. Referent Bezirksleiter Kollege Hirtlreter.
Düffel-dorf-Perendorf. Vormittags 11 Uhr bei Paas, Anna-sträße, 53. Bezirksvers.
Düffel-dorf-Füngeta. Vormittags 10,30 Uhr bei Doosen, Hof-feldstr., Bezirksvers.
Düffel-dorf-Seresheim. Vormittags 11 Uhr bei Strieman, Grünlingerstr. Bezirksvers.
Düffel-dorf-Eller. Vormittags 11 Uhr bei M. Haasfeldt, Gum-belstr. 120. Bezirksvers.
Düffel-dorf-Rath. Vormittags 11,30 Uhr bei Hilben, Ober-räthelstr. 53. Bezirksvers.
Düffel-dorf-Neuf. Vormittags 11 Uhr bei Flah, Niederstr. Bezirksvers.
Effen-Segerath. Morgens 11 Uhr bei Langenberg, Freitadt-sträße 55.
Effen-Frohnhagen. Morgens 11 Uhr bei Potzgießer.
Effen-Altenessen. Abends 7 Uhr bei Effen.
Effen-Bergschbach. Morgens 10,30 Uhr bei Krupper, Hofstr.

- Karlruhe-Darflanden. Nachmittags 3,30 Uhr im Gasthaus zum „Hirsch“.
Köln-Stadt. Morgens 11 Uhr Heizungsbranche, Zur Rats-mühle, Neumar-ket 18.
Köln-Kalk. Morgens 11 Uhr bei Höntgesberg, Breuerstr. 14.
Köln-Poll. Morgens 11 Uhr bei Fassbender, Hauptstr.
Krefeld-Nerdingen. Morgens 11 Uhr im Lokale Schmitz zum Parlament. Bericht über die Bezirkskonferenz Kollege Bek-kers-Krefeld.
Krefeld-Bochum. Morgens 11 Uhr im Lokale Benger, an der Kirche, Bericht über die Bezirkskonferenz.
Mülheim. Morgens 11 Uhr bei Schmitz, Frankfurterstr.
Niederrath. Morgens 11 Uhr bei Bender.
Rottensura. Vormittags 10 Uhr.

Donnerstag, den 21. Mai.

- Olzberg-Biemeringhausen. Mittags 12 Uhr, bei Anton Lange, Uffinghausen.
Olzberg-Digge. Nachmittags 4 Uhr bei Hellermann. Vortrag des Arbeiterssekretärs Koll. Heinr. Albersmann, Hagen.
Samstag, den 23. Mai.
Berlin. Abends 1/9 Uhr in Schulz Festfale Königsgraben.
Dortmund. Abends 9 Uhr bei Kroll, Körnerplatz.
Duisburg-Wanheimerort. Abends 8,30 Uhr bei Raffiene, Fischer-sträße.
Köln-Stadt. Abends 9 Uhr Zur Ratsmühle, Neumar-ket 18.
Karlruhe. Abends 1/9 Uhr im Palmengarten.
Pforzheim. Abends 8 Uhr Untere Augasse 20.
Wald. Abends 8 Uhr bei Hammesfahr.
Wermelskirchen. Abends 8 1/2 Uhr bei Küpper, Ratskeller.
Sonntag, den 24. Mai.
Euskirchen. Morgens 11 Uhr bei H. Gaul, Commerstr.

Adressen.

Krefeld. Die Telephon-Nummer der christl. Gewerkschaftsbüros Ueffr. 35 und Luff. Kirchstr. 40 ist von jetzt ab Nr. 4791.

Aria-Rad unübertroffen 3 Jahre Garantie - Franco Zusendung. Franz Verheyen Frankfurt. Includes image of a bicycle.

Lüdtiger Dreher

für autog. Schweißbrenner u. alt. Schwarzblechlempner als Vor-arbeiter für eine Apparatebau-anstalt bei hohem Lohne u. dauernder Beschäftigung gesucht. Offerten unter L. 2. 50 an den „Metallarbeiter“, Duisburg, Müffelsträße 15.

Lüdtig. Karoffellempner

und Wichtreiber sofort gesucht. Meldung beim Vorsitzenden der Verwaltungsstelle Banken.

Prima Nusschinken

per Pfd. 1.20 Mk. Durchwacht. Speck, p. Pfd. 85 Pfg. Met-towurst, hart, Brekwurst, Leber-wurst p. Pfd. 70 Pfg. Kaffee-laugewurst und Wurstpöschl per Pfd. 90 Pfg. Cervelatwurst u. Salami per Pfund 1.20 Mk. empfiehlt per Nachnahme Carl Böger, Wurstfabrik, Glogau.

Neu! Bruchleidende Neu!

Wohltat und Hilfe. Auf Heilung hinwirk. Viele Dankschr. Aufklärende Broschüre V geg. 30 Pfg. in Mark. d. Schievelkamp's Bandag. - Versand-haus, Duisburg 132, Königstr. 38.

Westfälischer Speck

Dauerware, Winterfachung, nach Bauernart trocken geräuchert, Pfd. 75 Pfg., unbekannt Nachn., empfiehlt Aug. Seidemann in Rößinghausen, Str. Herford i. W.



Teilzahlung

Uhren u. Goldwaren, Photo-, optische Artikel, Sprechmaschinen, Musikinstrumente, Spielwaren, Zithern u. s. w. Kataloge gratis und franko liefern. Jonass & Co. BERLIN A. 741, Belle-Alliancestr. 3

Die billigsten, haltbarsten Socken

Sommer- und Sport-Strümpfe. Sporthemden, Sweaters, poröse Leibwäsche und Strickgarne beziehen Sie direkt (Illustr. Preis-unterstützt) a. d. Strümpfer-u. Garafabrik in Erfurt F. 258.

Son möglichst vielen Leuten wenig benützte

Herren-Garderoben

erhalten Sie sehr preiswert vom Garderoben-Verlандаhaus b. Spielmann München, Dachauerstraße 4. Frühjahrs-Saletots und Uffier von 10 bis 45 Mk. Saeco-Anzüge 1- und Zweifrig von 12 bis 48 Mk. Toppen, Poien, Wettertragen etc. etc. Hier nicht angeführtes im Katalog. Verlangen Sie ohne Verbind-lichkeit illust. Pracht-Katalog H gratis und frei. Für nichtkon-venierende Waren erhalten Sie Geld retour.

Allen vorans Kiepenkerl

sind die Kiepenkerl-Tabale von Oldenkott-Rees am Rhein. überall käuflich! Wegen ihrer außerordentlichen Bestimmtheit jedes Rauchers Freund.